

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

6. Jahrgang.

Sonntag, 7. November 1926.

Nr. 260.

Bezugsbedingungen:
Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ko 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
jährlich 192.—
Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
ladung der Retourenkarten.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh

Der Maulkorb für den Minister.

Es wäre dem deutschen Volke in diesem Staate sicher nicht sehr geholfen, wenn die Minister im Parlament und in den Ausschüssen deutsch reden dürften. Der Kampf gegen die Sprachenverordnung hat vernünftigen Sinn nur dann, wenn er sich zunächst gegen die Unterdrückung der deutschen Sprache im deutschen Sprachgebiet richtet, wenn er es unternimmt, den deutschen Arbeitern und Angestellten, den Gewerbetreibenden und Beamten das Recht auf ihre Sprache zu erkämpfen, das heißt also dem deutschen Volke schlechthin die Möglichkeit zu geben, mit Gerichten und Behörden deutsch zu verkehren. Es heißt das Pferd beim Schwanz zu fassen, wenn man zunächst nur zwei Deutschen, nämlich den Ministern der deutschen Bürgerpartei das Recht erkämpfen oder erschleichen will, sich ihrer Sprache zu bedienen und erst in zweiter Linie an die immerhin mehr als drei Millionen zählende Masse der übrigen Volksgenossen denkt. Wenn man dem deutschen Volke kein anderes Opfer auferlegte als den Zwang des Tschechisch-Sprechens für die deutschen Minister der Republik, es wäre wahrlich auszuhalten und wir könnten unter Beachtung auf jede Prestigefrage gern in die Einführung ständiger Sprachtarife für Ministeranwälte einwilligen. Den deutschen Bürgerparteiern aber kommt es nur auf die Prestigefrage an. Ihnen ist es herzlich gleichgültig, wie der deutsche Eisenbahner bei achtstündiger Arbeitszeit und zwei- oder dreistündiger Fahrt zum Arbeitsplatz noch perfekt tschechisch lernen soll, wie der deutsche Arbeiter in den herrschenden „weniger als zwanzigprozentigen“ Gebieten mit den Sprachenverordnungen auskommt, wie sich der Mann aus dem Volke der hundert Schillingen erwehren soll, mit denen ihm das Sprachengesetz bedroht. Den Höllern und Kongruisten kam es auf das Prestige an. Sie wollten nach dreiwöchiger Regierungslosigkeit einen ersten Erfolg beimbringen oder doch etwas, das einem Erfolg gleichkäme, solange man nicht weiter darüber nachdachte.

Es war also durchaus eine Prestigefrage des deutschen Bürgertums und keine nationale Angelegenheit, ob der Herr Justizminister Mann-Harting sein Exposé in deutscher Sprache halten würde. Vollends gleichgültig kann es der Öffentlichkeit sein, ob der Herr Minister aus der Kot eine Zugspitze und aus der Unkenntnis der Staatssprache die heroische Geste mutigen Befennertums machen wollte. Aber die Prestigefrage war auch eine Kraftprobe. Für die deutschen Regierungsparteien kam es auf den ersten Erfolg an. Es war ein Handstreich, dem vielleicht kein weiterer Sieg gefolgt wäre, der aber den Aktivisten auf lange hinaus den Mut und das Scheinbare Recht gegeben hätte, auf weitere Erfolge zu hoffen. Was einmal gelungen ist, kann wieder gelingen, wäre die Trost-Parole der Jöllner geworden. Der stalinische Abzug des Justizministers hat diese Hoffnung für immer zunichte gemacht. Er hat bewiesen, daß sich Erfolge nicht auf Hintertreppen erlangen lassen, er hat gezeigt, daß die tschechischen Bürgerparteien sehr wachsen sind und sich nicht überrollen lassen. Damit ist nun gar nicht gesagt, daß es den zwei deutschen Defektfiguranten im Kabinett Svehla nicht gelingt, von ihren Koalitionsgenossen die Erlaubnis, deutsch zu reden, bei einer günstigen Gelegenheit zu erhehlen. Aber die Abfuhr Mann-Hartings hat bewiesen, daß Jugendschändnisse der Tschechen eben erbeichtet werden müssen, daß die deutschen Minister nichts aus eigenem durchsetzen können. Die Teilnahme der Deutschen an der Regierung bedeutet keine Teilnahme an der Macht, soweit andere als rein wirtschaftliche Fragen in Betracht kommen. Wenn Sie schon bitten, werden Sie vielleicht einmal ein Stück Zucker bekommen, der Versuch, ihn vom Tisch zu holen, wird mit einem energischen „Nein“ abgewehrt.

Damit bricht aber das ganze System der

Dienstag Friedensschluß in England?

London, 6. November. Wie schnell man das Ende des Streikes im Bergbau herbeiführen will, geht daraus hervor, daß die Verhandlungen zwischen der Regierung, den Bergwerksbesitzern und den Vertretern des Parlamentsausschusses der Bergarbeiter selbst über das Beendigen hinaus fortgesetzt werden sollen. Heute fand zunächst eine Kabinettsitzung statt; dann empfingen die Regierungsvertreter die Grubenbesitzer und nachher fand eine Zusammenkunft Baldwin's mit den Bergarbeitervertretern statt.

Vorstandmitglieder der Bergarbeitergewerkschaft erklärten, daß die noch strittigen Punkte bloß technischer Natur seien und daß mit dem Abschluß des Friedens im Bergbau und der Ratifikation durch die Delegiertenkonferenz bereits Dienstag gerechnet werden könne. Die Grubenbesitzer verharren noch immer auf ihrer Weigerung, ein gesamtstaatliches Übereinkommen zu unterschreiben.

Billigung des Terrors durch den großen Ratistenrat.

Rom, 6. November. (Zefani.) Der Großratsrat ist gestern abends unter dem Vorsitz Mussolinis zusammengetreten. Der Große Rat befahl sich mit den an einigen Orten verübten Begehrungen und billigte, obgleich er nicht verbieten kann, daß diese das Ergebnis eines nicht verheißbaren Jörnens- und Schmerzensausbruchs (!) waren, dennoch die vom Generalsekretär zu ihrer Unterdrückung getroffenen Maßnahmen. Der Große Rat konstatierte, daß gegen einige Konsulate auswärtiger Mächte unfreundliche Demonstrationen stattgefunden haben, und sprach darüber sein tiefstes Bedauern aus. Der Große Rat nahm die vom Ministerium getroffenen Maßnahmen zur Kenntnis, durch welche die Errichtung einer politischen Polizei vorzuziehen wird, welche die noch verbleibenden Infiltrationsherde (!) vertilgen und in Zukunft das Leben Mussolinis, mit dem der Bestand und die Größe des Vaterlandes untrennlich verbunden ist, schützen wird. Der Große Rat wird im Januar 1927 wieder zusammentreten, um die Richtlinien für den Eintritt in die Partei im künftigen Jahre aufzustellen.

Aktivisten zusammen. Sie sind bedingungslos in die Regierung eingetreten und gerade Mann-Harting vertritt die Auffassung, daß man keinerlei Forderungen stellen dürfe, sondern warten müsse, bis man in der Regierung sei. Dann werde sich alles von selbst ergeben. Dem ist auch so; nur ergibt es sich ganz anders, als die Aktivisten es sich vorgestellt haben. Sie dachten sich den Anteil an der Macht sehr einfach. Wenn man einmal auf der Ministerbank vor den vollen Schüssen sitzen würde, dann könnte niemand einen hindern, so wie die anderen kräftig zuzulassen. Aber es gibt auch auf der Ministerbank eine zweiten Ranges und die großen Brüder wachen eifrig darüber, daß nicht die Kleinen led in die Schüssel greifen. Gleichwohl es doch, so droht Svehla nur mit dem Finger „Schön Worten, bis ihr bekommt. Und erst fragen!“ Darum kommt der Verleger Mann-Hartings so große politische und grundsätzliche Bedeutung zu. Er wollte das System erproben, wollte beweisen, daß es „vis facti“ ganz einfach ginge, und das Gefühl, nicht tschechisch sprechen zu können, mag ihn noch darin bestärkt haben, daß ihm nichts gelingen könne. Aber er kam gar nicht dazu, das Wort zu ergreifen, ehe er's bedachte, hatte er einen Maulkorb umhängen und konnte wie ein degottener Fadel von dannen ziehen. Ein verkehrter Cäsar, kam, sah und unterlag.

Die vielgerühmte „Realpolitik“ hat eben ihre Schattenseiten. Die Ueberlegung, die Maus müsse erst in die Falle gehen, um den Speck zu holen, ist einwandfrei richtig. Aber die hungernden Wäuler, die draußen auf den Speck warten, werden ihn nie bekommen, weil man aus einer Falle schwer entkommt. Herr Mann-Harting konnte sich von seinen Freunden um Hilfe einen Anruf aus „Realpolitik“ gehen lassen. Die Lada ci schachern und handeln um jede Forderung mit Svehla wie der Teufel um eine arme Seele. Auch sie werden nicht annähernd das erhalten, was sie verlangen, aber so schäbig wie die Deutschbürgerlichen werden sie nicht abgefertigt werden. Sie haben

Urbahus, Scholem und Schwan aus der SPD ausgeschlossen.

Berlin, 6. November. (Eigenbericht.) Das große Reinemachen in der kommunistischen Partei nimmt jetzt seinen Anfang. Die Zentrale der K. P. D. hat die drei Reichstagsabgeordneten Urbahus, Scholem und Schwan aus der Partei ausgeschlossen, weil sie sich weigerten, ihre früheren Erklärungen über die russische Frage zu widerrufen. Weitere vier Abgeordnete sollen folgen, so daß die zweite kommunistische Fraktion im Reichstag bald mehr als ein Duzend Mitglieder umfassen wird.

Auflösung des dänischen Folkething.

Kopenhagen, 6. November. Bei der heute im Folkething erfolgten zweiten Lesung der Regierungsvorschläge betreffs Maßnahmen zur Mildeberung der wirtschaftlichen Krise wurde ein Teil der Paragraphen abgelehnt. Staatsminister Stangnæs erklärte darauf, daß die Regierung die Verantwortung für die Weiterführung der Vorlage nicht übernehmen könne. Er beabsichtige daher, die Auflösung des Folkething und die Ausschreibung von Neuwahlen vorzuschlagen. Die Erklärung veranlaßte die Zuhörer zu Beifallstundgebungen.

den wahren Sinn der Realpolitik begriffen, bei der es zuerst darauf ankommt, sich nach dem Handlangergrundsatz „Hie Geld, hie Ware“, zu benehmen. Aber die Deutschbürgerlichen sind weniger hineingefallen als überwiegen, weniger betrogen als ertrappelt. Es kam ihnen bei der Realpolitik gar nicht auf die nationalen Errungenschaften an. Sie sind nicht in die Regierung gegangen, um via facti die nationalen Belange durchzusetzen, sondern aus kapitalistischer Profitgier. Die nationalen Errungenschaften sollten vorgezogen werden, um die Wähler irrezuführen. Es ist sehr erfreulich, daß diese Irreführung nicht gelang. Der nationale Kampf der Jöllner sollte darin bestehen, einige Richtigkeiten, die keinem Hund eines Deutschen einen Knochen bringen, zu großen Erfolgen anzubauschen. Dadurch, daß ihnen auch das Nichts, um das sie kämpften, verwehrt wird, kommen sie um das „Prestige“. Man kann den Wählern vielleicht vormachen, daß Dred Gold sei; aber die Voraussetzung ist, daß man wenigstens den Dred in der Hand hat. Auch den haben die Deutschbürgerlichen verspielt, da ihre tschechischen Brüder das gleiche Spiel aufzuführen. Sie müssen ihren Wählern beweisen, daß der nationale Ausverkauf gar keiner ist, und darum dürfen sie den Deutschen keine „Ausbreitungen“ erlauben.

Nun glaube man nicht, daß die Politik der Deutschbürgerlichen gar keine Erfolge aufzuweisen hat. Man munkelt in den Corloirs des Parlaments, daß einige Projekte des Bundesartales weitestliche Veränderungen erschaffen sollen. Wenn auch nicht alle Blütenkränze reifen, so werden die Aktivisten deshalb nicht leer ausgehen. Nur werden sie darauf verzichten müssen, ihre wirtschaftlichen Erfolge gegen die nationalen abzuwägen. Sie wirtschaften jetzt auf Kosten des deutschen Volkes. Die nächsten Wahlen werden dem Volk Gelegenheit geben, seinerlei die Regierung vorzulegen. Es sieht sehr darnach aus, daß der Herr Minister mit dem Maulkorb nicht in der Lage sein wird, sie zu bezahlen!

Kartoffeln.

Fruchtbar wüdet im Lande die Wirtschaftskrise. Im Bergbau und in der Metallindustrie, in der Glas- und Textilindustrie werden Woche und Woche Arbeiter entlassen, Tausende von Menschen arbeiten verküppelt und verdienen nur einen Teil des auch bei voller Beschäftigung üblichen Lohnes. Während so das Einkommen der Arbeiterklasse gegen das Vorjahr beträchtlich vermindert ist, steigen auf der anderen Seite die Preise der notwendigen Lebensmittel. Alle Getreidearten haben Rekordpreise erzielt, der Kornpreis ist geradezu märchenhaft. Was aber diese Entwicklung für große Massen der Bevölkerung zu einem von der bürgerlichen Öffentlichkeit nicht geahnten Trauerspiel macht, ist die gegen frühere Jahre ganz ungewöhnliche, ungewöhnliche Verteuerung der Kartoffeln.

Wir haben insbesondere in den deutschen Gebieten des Staates ganze Gegenden, wo die Kartoffel geradezu als die Nationalnahrung der Bevölkerung betrachtet werden kann. Ein alter tschechoböhmischer Spruch lautet:

Kartoffeln in der Früh,
Des Mittags in der Bräuh,
Des Abends mitfang dem Kleid,
Kartoffeln in alle Ewigkeit.

Heute aber können die Bewohner auch die Kartoffeln nicht „in alle Ewigkeit“ essen, denn sie sind einfach unerschwinglich geworden. Vor dem Kriege hat ein Kilogramm Kartoffeln etwa sechs bis acht Heller gekostet, heute kann man für dasselbe Nahrungsmittel bis zu 1 K 50 h bezahlen. Während das Einkommen der Bevölkerung höchstens vier bis fünfmal so hoch ist als vor dem Kriege — bei den Arbeiterkassen ist das Verhältnis natürlich noch ungünstiger — sind die Kartoffeln zwanzigmal so teurer wie vor dem Kriege. Es gilt geradezu das Gesetz, daß je mehr ein Nahrungsmittel von den armen Volksklassen gegessen wird, desto teurer ist.

Genau ist die Kartoffelkrisis bei uns schlichter als in den früheren Jahren, wenn auch betont werden muß, daß wir genug Kartoffeln für die Bevölkerung hätten, wenn es für die Kapitalisten nicht lohnender wäre, daraus Spiritus zu brennen. Aber die Hauptsache in der Kartoffelkrisis, vor der wir jetzt knapp vor Anbruch des Winters aus befinden, trägt die geradezu wirtschaftliche Politik, die die Ministerien für Ernährung und Landwirtschaft in dieser Frage getrieben haben. Schon im August haben gesellschaftliche Organisationen die Regierung darauf aufmerksam gemacht, daß es im heurigen Jahr notwendig sein werde, Kartoffeln aus dem Auslande zu beziehen. Damals waren die Kartoffeln im Auslande bedeutend billiger als bei uns. Auch bei Einrichtung des Jolles wäre der Preis der eingeführten Kartoffeln um 20 bis 30 Kronen pro Hektar billiger gewesen. Aber die Einfuhr von Kartoffeln war an eine Regierungsbevollmächtigung geknüpft und diese wurde einfach nicht erteilt. Wochten die Kartoffeln noch so sehr im Preise steigen, das ließ sowohl die Peanonenregierung wie die deutsch-tschechische „Veröhnungsregierung“ kalt. Mögen die Leute betteln gehen, wenn sie hungrig sind.

Zum Hohn hat nun die Regierung jetzt die Einfuhrbevollmächtigung für Kartoffeln freigegeben. In Wirklichkeit aber suborbiert das Landwirtschaftsministerium die Einfuhr von Kartoffeln und in den Grenzstationen wird durch peinliche Untersuchung aller eingeführten Kartoffeln eine Wagonsteuer veranlaßt, die Einfuhrbevollmächtigung sind verstopft. Augenblicklich traut sich niemand mehr Kartoffeln einzuführen, weil durch den langsamen Transport der Kartoffeln und durch die Möglichkeit baldiger Fröste eben niemand das Risiko der Einfuhr auf sich nehmen will. Das Eisenbahnministerium mußte natürlich zeigen, daß es genau so konformitätsfeindlich ist wie alle anderen Ministerien und hat die im Vorjahre gewährten Frachtmäßigungen für Kartoffeln heuer nicht wieder eingeführt. Während man für Kübenschnitzel Frachtmäßigungen gewährt, tut man das bei Kartoffeln nicht. Das Viehhüter ist der Regierung wichtiger wie die Speise der Menschen. Die Menschen mögen hungern, wenn nur das Vieh zu fressen hat!

Was die wahnwitzige Teuerung der Kartoffeln für die Menschen bedeutet, davon scheinen Regierung und bürgerliche Parteien keine Ahnung zu haben. Nach den Aufstellungen des statistischen Staatssamens verbraucht eine Arbeiterfamilie jährlich 450 Kilogramm Kartoffeln, ihre Ausgaben sind, wenn ein Kilogramm Kartoffeln gegen das Vorjahr nur um fünfzig Heller teurer ist, bei diesem einzigen Nahrungsmittel um 225 Kro-

nen jährlich größer. Je ärmer aber eine Familie ist, desto mehr Kartoffeln verbraucht sie, weil sie sich andere Nahrungsmittel erst recht nicht kaufen kann und so ist gerade bei den Allerärmsten der Meherverbrauch noch größer. Weich die bürgerliche Öffentlichkeit, wissen Regierung und bürgerliche Parteien, was das bedeutet? Nicht nur für die Arbeiter der Industriegebiete, sondern für die Landarbeiter, für die Kleinbauern und die zahlreichsten proletarischen Existenzen in Stadt und Land, die schon jahrelang keine Beschäftigung haben und für die eine Krone schon ein hoher Betrag ist? Es wird Tausende von Menschen im heutigen Winter geben, die sich nicht werden lassen können, die nicht einmal mit Kartoffeln das

Gefühl des Hungers bezeugen, den Magen säubern können. Sie werden hungern, in Verzweiflung, Elend und Kälte die Wintermonate verbringen müssen.
An der Verzweiflung der allerärmsten Schichten der Bevölkerung, in die diese Menschen Regierung und herrschende Klassen in diesem Staate treiben, mag man die Unmenschlichkeit erkennen, mit der wir regiert werden, mag man erkennen, wohin der 15. November 1925 die proletarischen Schichten des Landes geführt hat. Die Arbeiterklasse muß mit aller Leidenschaftlichkeit ein System bekämpfen, das die Armen der Armen mittellos in den Abgrund stößt.

Der selbe Mann hat vor einiger Zeit die Hochwürden Parteiführer in den Barrakern mittels Rundschreiben aufgefordert, unter den Dienstboten für die christlichsoziale Partei zu agitieren. Heute gibt er den reichen Agrariern den garten Wind, wegen einiger Kronen Beiträge, die Dienstboten über die Wintermonate hinauszuwerfen und hungern zu lassen.
Es ist wirklich unartig, zu diesen reaktionären Ergüssen der grünen und schwarzen Arbeiterhasser ein weiteres Kommentar zu liefern. Sie sprechen für sich selbst. Das eine wollen wir den Herrschaften heute schon versprechen, daß wir ihnen diese Beweise ihrer wahren Gesinnung in allen Versammlungen um die Ohren schlagen werden, wo sie die arbeitende Bevölkerung wieder mit fälschlichen Reden und falschen Versprechungen betören wollen.

Wen Programm, während die Tischen auf dem Standpunkt verharren, daß diese für die internationale Zusammenarbeit des Proletariats so wichtige Frage in den bisherigen opportunistischen Nebelwäldern belassen und davon nicht gerührt werde. Darum ist zu ersehen, daß die tschechischen Sozialdemokraten den aufrichtigen Willen zur Einigung hatten als die Deutschen, da beide Parteien wissen mußten, daß ein Scheitern in dem Augenblicke unermesslich ist, in dem der Versuch gemacht wird, die nationalen Forderungen zu formalisieren, das heißt, ausdrücklich zu sein und die Verantwortung zu übernehmen.
Wir haben zu dieser Meldung nur zu bemerken, daß sie völlig aus der Luft gegriffen ist, und daß hier nur der Wunsch der Partei des Gedankens ist.

Der „Kurs nach Rechts“.

Offene Eingeständnisse der Zollpartei, daß ihre Politik gegen die Arbeiterklasse gerichtet ist.

Mit gebrauchter Entrüstung weisen die deutschen Regierungsparteien den Vorwurf zurück, daß ihre Politik nur den egoistischen Profitinteressen der Besitzenden diene. Sie bestritten alle reaktionären Absichten der neuen grün-schwarzen Koalition und beteuern, daß sie sich für die Interessen des ganzen Volkes selbstlos hinopfern. So sprechen wenigstens die schlaun Führer der deutschen Zollpartei. Ihre Unterläufer dagegen verhalten sich weniger auf solche Komödiantenstücke und sie machen auch aus ihrem Herzen keine Würdegrube. Darum kann man gerade von diesen Leuten eher die ungeschminkte Wahrheit erfahren, welche Ziele die deutschbürgerliche Regierungspolitik verfolgt. Hatten da im Oktober die Landwirte eine Tagung in Oberplan, die nach dem Bericht ihres Parteiblattes „Südböhmische Volkszeitung“ ganz von einer reaktionären Hebe, namentlich gegen die Sozialversicherung ausgefällt war. Einer der Sprecher, der agrarische Schriftleiter Reif aus Budweis hatte den Mut, zu erklären:

„Es war der Krieg, der Umsturz, und doch war dies nicht so arg wie das, was später kam, nämlich die sozialistischen Gesetze, der Kurs nach Links.“

Der Krieg war den Herren also viel angenehmer, vielleicht war der Krieg für sie nicht so schlecht. Aber für die Arbeiter und die Kleinbauern, welche in der Front hungern und darben mußten, welche als Krüppel oder gar nicht mehr zuhause kamen, war der Krieg das Juchheißbarste. Ueber die Absichten der Landwirte geben seine weiteren Äußerungen ein klares Bild. Er sagte:

„Das eine wissen Sie, daß ein anderer Kurs gekommen ist, ein Kurs nach Rechts. Wir haben die Zoll-, die Kongressfrage gelöst. Das alles ist in der letzten Session des Parlamentes geschehen. In der nächsten Session soll insbesondere auf den Kurs nach Rechts noch mehr gearbeitet werden.“

Später erklärte er noch:

„Wir verlangen die Wegräumung der Sozialversicherung überhaupt oder (!) Einführung der freiwilligen Sozialversicherung. Wir sind zu wenig reich, zu wenig wohlhabend, um eine solche Institution leisten zu können.“

Das nennen wir eine klare und offene Sprache, die auch von jedem Schwerhörigen verstanden werden muß. In demselben Sinne sprach auch der Herr Senator Lippert, der außerdem noch sein warmes Herz für das tschechische Bürgerturn zeigte:

„Es wurden Gesetze geschmiedet, auch zum Schaden der tschechischen Bürgertlichen.“

Auch der Abg. Pflager ist sehr mit seinen tschechischen Kollegen zufrieden:

„Es gereicht mir zu besonderen Freude (!), daß die tschechischen Agrarier auch heute in Budweis, eine Protestversammlung gegen die Sozialversicherung einberufen und uns Deutsche dazu eingeladen haben.“

So eine Freude hat der gute Mann schon lange nicht gehabt. Der Herr Abgeordnete hatte aber doch vor dem Mute des Herrn Reif ein wenig Angst, er rechnete mit einem Widerstand der Sozialdemokraten. Wehmütig tief er aus:

„Mit der Wegräumung des Gesetzes werden wir die größten Schwierigkeiten haben.“

Das glauben wir ganz gerne, daß da die verdrückten Arbeiter von deutscher und tschechischer Seite noch eine harte Ruhe zu finden haben werden. „Wir als Arbeiter“ sagt Herr Pflager weiter, trotzdem doch die Landwirte immer behaupten, eine Partei des gesamten Landvolkes zu sein. Schließlich ist es ja gut, wenn mit dem Verdrückten endlich aufgehört wird. In der Resolution, die in Oberplan beschlossen wurde, wird sogar angerechnet, welches Kapital die Sozialversicherung in 30 Jahren verschlungen haben wird. Hoffentlich werden die Herren Landwirte einmal auch ihren Anhängern sagen, wieviel Kapital der Militarismus in 30 Jahren benötigt, da würde die Endsumme noch bedeutend höher sein!

Die Oberplaner Tagung war der Ausgangspunkt des agrarischen Feldzuges gegen die Sozialversicherung in Südböhmen und im Böhmerwald. Es werden bereits Unterschriften gegen das Gesetz gemacht und weh dem Dienstboten, der nicht unterschreibt. Eine am 18. Oktober in Budweis abgehaltene agrarische Kreisversammlung war der Weiterberatung des agrarischen Feldzugsplanes gewidmet. Der besagte Schriftleiter Reif erklärte dort wieder:

„Der Linkskurs hat sich geändert: 1. In der Ueberbesteuerung und 2. in Maßnahmen zur sozialen Fürsorge. Letztere bestehen in der Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht auf die landwirtschaftlichen Arbeiter und im Sozialversicherungsgesetz.“

Im kleineren Kreise wird also geoffenbart, daß die Herren auch keine Krankenversicherung wollen. Aber auch die weiteren Ausführungen sind für den Geist der Landwirte bezeichnend, weshalb wir sie festhalten wollen:

„Man hat nun seitens der neuen Regierung das Bestreben, all das wenigstens teilweise wieder gut zu machen, was man in früheren Jahren an dem Stand der Landwirte und Gewerbetreibenden veräumt und verkündigt hat. Trotzdem müssen wir uns mit dem Gedanken vertraut machen, daß nicht alles so glatt gehen wird, wie man wünschen würde. Besonders gilt dies auf nationalem Gebiete. Man wird vorderhand nur das eine erreichen, daß die tschechische Schulpolitik eingestellt und den Deutschen bei der Bodenreform entgegenkommen wird.“

Die Heilbrüder sind in nationaler Beziehung sehr bescheiden geordnet, sie besitzen nicht einmal mehr auf einer Herabsetzung der Sprachverordnung, sind mit dem Schulgesetz u. dgl. nun zufrieden. Ja nicht einmal gegen die bisherigen Verbrechen bei der Bodenreform protestieren sie, welche doch ihre Hauptklage waren, sie begnügen sich nun, wenn auch einige deutsche Protektionskinder Restgüter erhalten.

Zur Sozialversicherung mußte selbstredend nur erklärt werden: „Wenn schon unsere Landwirte alles ertragen haben, so können sie auf keinen Fall die Lasten der Sozialversicherungsgesetzes ertragen.“ Also: „Ueber tot als Sklav.“ Der Herr Bernkopf aus Prachatitz stellte aber noch einen Antrag:

„Daß das Altanwärtigen-Recht vom Jahre 1919 dahin novelliert wird, daß es bei den alten Rechten bleibt.“

Da hätten wir also das schönste Programm für den „Rechtskurs“ fertig, freig sein gegen die tschechische Unterdrückungspolitik, mutig sein beim Vorgehen auf die Arbeiter, und fürs erste Wegräumung der Sozialversicherung, Beseitigung der Krankenversicherung der Dienstboten und Landarbeiter, nicht zu vergessen schließlich die gefällige Sanktionierung des Raubes der Russulisten am Gemeindegut. Ob es damit nicht doch einige Schwierigkeiten haben wird...

Die Christlichsozialen sind auch für den „Rechtskurs“.

Wenn der teure Bundesgenosse die Reaktion so heimlich liebt, können die guten Christlichsozialen auch nicht hassen. Der christlichsoziale Kreissekretär Drachler schreibt im Kremlauer „Landsbote“, daß die Christlichsozialen und die deutschen Nationalsozialisten so schlau waren, in der alten Parlamentsperiode für das Sozialversicherungsgesetz zu stimmen, um den Sozialdemokraten für die Reutwahl das Schlagwort zu nehmen, daß die Christlichsozialen gegen das Gesetz waren. Nachdem die Wahl schon dorüber ist, kann man jetzt schon sagen, daß man gegen das Gesetz ist. Wörtlich schreibt der Kreissekretär:

„Hätten bei den letzten Wahlen die Sozialdemokratie ihre Ziele behauptet oder gar Stimmengewinn, so hätten wir noch heute eine sozialistisch orientierte Regierung, hätten keine Agrarpolitik, keine deutschen Minister, mit anderen Worten keine Aussicht auf Besserung.“

Da hat die göttliche Vorsehung wieder einmal das Volk vor einem großen Unglück bewahrt. Zum Glück haben wir heute Agrarpolitik, von denen der Herr Kreissekretär kürzlich sagte, daß die den Böhmerwaldbauern keinen Nutzen bringen werden, zum Glück haben wir Deutsche als Minister, weshalb es uns jetzt gut geht und noch besser gehen wird. Dem Herrn Drachler verdrücken wir außer diesen Weisheiten noch eine treffliche Auslegung des Christlichsozialen (?) Parteiprogrammes, wenn er in dem Aufsatz den frommen Bauernleuten noch folgenden gut christlichen und überaus sozialen Rat gibt:

„Ein eigentliches Dienstverhältnis braucht also den Winter über nicht bestehen und jeder Bauer kann sich vor den Beiträgen der Sozialversicherung schützen, wenn er keine Dienstboten über die Wintermonate einstellt.“

Schuldebatten im Budgetausfluß.

Prag, 6. November. Der Budgetausfluß ging gestern nachmittags in die Beratung des Budgets des Schulministeriums ein. In der Debatte kam als erste Rednerin

Genossin Kirpal

zu Worte, die sich über den freien Abbau des deutschen Schulwesens beschwerte und über die Frage der Reorganisation der Landes- und Bezirkschulräte Aufklärung verlangte.

Sie sprach sich gegen eine jede Neuerung im Sonderweg aus und verlangte die parlamentarische Behandlung dieser Fragen, damit allen Vertretern die Möglichkeit gegeben werde, zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Bei der Reform des Fortbildungsschulwesens darf unter keinen Umständen der Unterricht wieder auf die Abend- oder Sonntagstunden verlegt werden. Das Fortbildungsschulwesen krankt an dem Mangel eigener Gebäude; überhaupt sind die deutschen Schulen in ungenügenden Räumen untergebracht und weilen mitunter nicht einmal einen Turnsaal an. Der Ratgeberbericht erwähnt die Arbeiten einer Kommission, die sich mit der Frage der Trennung der Kirche vom Staat beschäftigt. Wir wünschen Aufklärung, wozu diese Kommission eingesetzt hat, wie sie zusammengesetzt ist und wie weit ihre Arbeiten gediehen sind. Weiters wünschen wir auch Aufklärung über den Aufbau des Kongressgesetzes. Genossin Kirpal trat ferner für die endliche Schaffung der deutschen Handels- und Kommerzhochschule ein und verlangte die Schaffung von Gesellenwerkstätten. Trotzdem der Rinderrückgang bei beiden Nationen seit gleichmäßig ist, so sehen wir, daß das deutsche Schulwesen mehr gedrosselt werde als das tschechische. Eine ganz besondere Pflege wäre unserem Hilfschulwesen zu widmen. Rednerin wünscht die Einführung der Unentgeltlichkeit der Lehrmittel sowie Abschaffung des Schulgeldes und tritt für die Errichtung der Einheitschule ein, damit endlich die Standesabsonderung und der falsche Standesdünkel ausgerottet werde. Sie verweist auf die unzulängliche Ausbildung unserer Lehrer und wünscht, daß einige lebensfähige, private Lehrerinnenbildungsanstalten verstaatlicht werden, so vor allem jene in Kuffig. Wir erwarten, daß unsere Wünsche hinsichtlich der Schulautonomie bei dem Auf- und Ausbau des Schulwesens respektiert werden und daß alle Bildungsmöglichkeiten den Massen erschlossen bleiben.

Auch Bafel (Nat.-Soz.) erklärt, daß das Gewaltsystem gegen die deutsche Schule andauert. Im Jahre 1925 sah man das Programm Spinas als Grundlage einer Diskussion an, heute erklären dieselben deutschen Parteien, daß die Entwicklung des Schulwesens mit der wirtschaftlichen Tragfähigkeit in Einklang gebracht werden müsse. Der Gesamtabbau der deutschen Schulen weist nur im verflossenen Schuljahre den Verlust von 49 Schulen mit 91 Schulklassen auf. Das Schulbauprogramm weist im Jahre 1927 nur 3,2 Prozent für deutsche Anstalten in den historischen Ländern auf, trotzdem der deutsche Bevölkerungsanteil 34 Prozent ausmacht.

In der heutigen Vermittlungssitzung wurde die Debatte fortgesetzt, aber immer noch nicht zum Abschluß gebracht.

Benes (tsch. Soz.-Dem.) verweist auf die völlig ungenügende Unterstützung unserer Studenten, während andererseits das Budget 40 Millionen zur Unterstützung russischer Studenten auswerft.

Kallina (D.-Nat.) weist nach, daß die Aufwendung des Staates für das deutsche Schulwesen bloß 15 Prozent beträgt, obwohl der Bevölkerungsanteil 24 Prozent beträgt, so wird das deutsche Schulwesen um 58 Millionen verkürzt.

Fesek (Nat.-Dem.) polemisiert gegen die Ausführungen der deutschen Vorträger und verlangt die Auflösung, bzw. Umwandlung der „überflüssigen“ deutschen Techniz in Brünn.

Böhmman (B. d. L.) verlangt die Unterstützung der Bauernhochschulen und wendet sich gegen den Zwang, deutsche Kinder in tschechische Schulen zu schicken.

Nach der Rede des tschechischlerikalen Roudnich wird die Debatte neuerdings auf Montag 4 Uhr nachmittags vertagt.

Kommunistische Herzens-Wünsche. Das „Rude Pravo“ brachte kürzlich folgende Meldung aus angeblich sozialdemokratischen Kreisen:

„In der letzten Zeit wurden zwischen der tschechischen und der deutschen Sozialdemokratie Verhandlungen über ein gemeinsames Vorgehen geführt. Die Verhandlungen scheiterten an der nationalen Frage und die Unterhändler eipeten dieser Tage auseinander. Die Deutschen verlangten die Ausarbeitung eines genauen National-

Die Parteivertretung der tschechischen Sozialdemokraten trat gestern in Prag zu einer auf zwei Tage berechneten Tagung zusammen.

Vormittags fand eine Sitzung der Parteivertrauensmänner und Sekretäre statt. Die Verhandlungen der Parteivertretung eröffnete der Parteivorstandende Hampl mit einem Nachruf für den verstorbenen Ehrenvorsitzenden Remeo und dankte dann unter stürmischem Beifall der Anwesenden dem abtretenden politischen Sekretär Marek für seine Tätigkeit im Dienste der Partei. Der Organisationssekretär Kies gab hierauf einen ausführlichen Bericht über den siffernmäßig großen Aufschwung der Partei. In einigen Monaten liegt die Zahl der Parteimitglieder im ersten Halbjahr bis um 81 Prozent, einzigen Mitgliederzahlen sogar bis um 81 Prozent. Genosse Marek gab eine Uebersicht über die Tätigkeit der Partei im letzten Halbjahr und beschäftigte sich namentlich mit den parteipolitischen Verhältnissen, wie sie sich nach den vorjährigen Wahlen herausgebildet haben. Ueber die Referate wurde eine ausführliche Debatte abgeführt. Heute Sonntag wird Weiskner über die politische Situation sprechen.

Parlamentsausschüsse. Montag, den 8. November um 4 Uhr nachmittags Budgetausfluß; Mittwoch, den 10. November um halb 4 Uhr nachmittags der Immunitätsausfluß und Donnerstag, den 11. November um 3 Uhr nachmittags Präsidentschaft.

Rundfunk für Alle!

Programm für heute, Sonntag.

Prag, 7. 9.30: Rundfunkübertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 10.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 10.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 11.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 11.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 12.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 12.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 13.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 13.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 14.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 14.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 15.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 15.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 16.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 16.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 17.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 17.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 18.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 18.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 19.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 19.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 20.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 20.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 21.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 21.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 22.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 22.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 23.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 23.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 24.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 24.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 25.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 25.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 26.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 26.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 27.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 27.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 28.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 28.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 29.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 29.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 30.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 30.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 31.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 31.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 32.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 32.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 33.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 33.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 34.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 34.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 35.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 35.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 36.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 36.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 37.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 37.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 38.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 38.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 39.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 39.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 40.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 40.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 41.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 41.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 42.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 42.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 43.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 43.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 44.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 44.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 45.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 45.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 46.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 46.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 47.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 47.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 48.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 48.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 49.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 49.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 50.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 50.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 51.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 51.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 52.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 52.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 53.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 53.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 54.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 54.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 55.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 55.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 56.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 56.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 57.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 57.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 58.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 58.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 59.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 59.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 60.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 60.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 61.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 61.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 62.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 62.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 63.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 63.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 64.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 64.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 65.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 65.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 66.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 66.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 67.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 67.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 68.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 68.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 69.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 69.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 70.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 70.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 71.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 71.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 72.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 72.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 73.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 73.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 74.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 74.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 75.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 75.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 76.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 76.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 77.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 77.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 78.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 78.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 79.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 79.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 80.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 80.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 81.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 81.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 82.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 82.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 83.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 83.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 84.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 84.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 85.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 85.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 86.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 86.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 87.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 87.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 88.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 88.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 89.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 89.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 90.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 90.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 91.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 91.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 92.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 92.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 93.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 93.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 94.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 94.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 95.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 95.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 96.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 96.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 97.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 97.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 98.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 98.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 99.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 99.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 100.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 100.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 101.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 101.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 102.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 102.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 103.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 103.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 104.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 104.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 105.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 105.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 106.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 106.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 107.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 107.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 108.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 108.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 109.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 109.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 110.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 110.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 111.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 111.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 112.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 112.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 113.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 113.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 114.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 114.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 115.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 115.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 116.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 116.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 117.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 117.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 118.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 118.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 119.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 119.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 120.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 120.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 121.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 121.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 122.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 122.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 123.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 123.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 124.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 124.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 125.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 125.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 126.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 126.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 127.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 127.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 128.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 128.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 129.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 129.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 130.00: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 130.30: Uebertragung des Beschlusses der tschechischen Volksversammlung am 6. November. 131.00: Uebertragung des Beschlusses

Der Verzweiflungskampf eines Industriebolkes (IX. Aufsatz): Das überbevölkerte Grenzland.

Die drei Grundursachen unseres Elends. — Noch einmal: Die Rationalisierung der Ausbeutung. — Wanderarbeit und Baugewerbe. — Arbeitslosigkeit der Intelligenzberufe. — Wie geht es der Heimindustrie? — Im Hungerturm eingesperrt. — 100.000 überflüssige Menschen.

Aus der bisherigen Betrachtung ging hervor, daß es um die reinen Industriegebiete West- und Nordböhmens schlimm genug bestellt ist. Das ist die eine Ursache unseres sozialen Notstandes: Der Niedergang der Industrie und das Absterben des Bergbaues. Die andere, ebenfalls schwerwiegende Ursache ist der Menschenüberfluß der industriearmen Grenz- und Agrargebiete. Zahlreiche Bezirke Südböhmens, Südwest- und Westböhmens sind ausgesprochene Wandergegenden. In der Ausfuhr von Arbeitskraft nach Innerösterreich und Deutschland war ihre wirtschaftliche Existenz begründet. Die Einschränkung der Freizügigkeit, die Absperrung der Nachbarstaaten gegen den Zutrom fremder Arbeitskräfte ließ auch diese Lebensquellen versiegen. Die dritte Ursache ist die Lebenskrise der Hausindustrien. In seiner einzigartigen Mischung aller ökonomischen und sozialen Entwicklungslinien ist Deutschböhmen auch die Heimat von zehntausenden Heimarbeitern. Diese Heimarbeit, die auch in den besten Zeiten nur eine kümmerliche Existenz bot, hat zwei mächtige Gewalten gegen sich: den technischen Fortschritt, der die Produktion immer mehr in Fabriksbetrieben konzentriert und die Konkurrenz der billigsten Arbeitskräfte aus aller Welt. — Diese drei Grundursachen bringen es mit sich, daß heute das ganze deutsche Siedlungsgebiet Böhmens unter dem Druck eines unerhörten Menschenüberflusses ächzt. Mindestens hunderttausend erwachsene Menschen stehen außerhalb eines regulären Erwerbes und vegetieren unter unbeschreiblich traurigen Verhältnissen dahin. Die Verknüpfung dieser sehr vorsichtigen Annahmen läßt sich leicht finden, wenn man den Auswirkungen des heutigen Sozialzustandes in den verschiedenen Gebieten nachgeht.

Eger ist für solche Nachforschungen ein guter Beobachtungspunkt. Obwohl die alte fränkische Siedlung mehr als Schul- und Handelsstadt bekannt ist, machen sich in ihrem Bereich die Auswirkungen der Industriekrise schmerzlich fühlbar. In den Metallbetrieben (Radradindustrie) gab es im letzten Jahre Einschränkungen, wodurch 200 Metallarbeiter brotlos wurden. In der schwachen Textilindustrie wird Kurzarbeit verrichtet, wobei die jungen Arbeiterinnen in vier Tagen einige 40 Kronen verdienen. In mehreren Betrieben macht sich eine aus Deutschland importierte Ausbeutungsmethode bemerkbar, die für den Geist unseres Unternehmertums typisch und die sich übrigens immer mehr einzubürgern scheint: Das Prämienystem. Dem Arbeiter oder der Arbeiterin wird für den festen Stundenlohn eine bestimmte Mindestleistung vorgeschrieben und für die über dieses Maß hinaus vollbrachte Mehrleistung wird ein Trinkgeld ausgezahlt. Eine Egerer Spinnerin hat diese Methode auf Grund einer gewissen Stückzahl eingeschätzt und die Mädchen verdienen bei größter Anspannung ihrer Kräfte in 14 Tagen 3 bis 8 Kronen über den Regellohn hinaus. Bemerkenswert ist, daß auch die Aufsichtsvorgänge und der Betriebsleiter an den Prämien partizipieren und bei der ganzen Sache den Nagel abschöpfen. Eine Zurrortfabrik in Eger hat ebenfalls mit dem Prämienystem gesteigerte Arbeitsleistungen erzielt, die Arbeiter verdienen aber nur um 10—15 Kronen in der Woche mehr. Die Tendenz dieser Neueinführung scheint dahin zu gehen, daß zuerst mit der Verdienne eines Mehrverdienstes die höchstmögliche Ausnutzung der Arbeitskraft erprobt und sodann bei gleichbleibenden Leistungsansprüchen der Lohn wieder auf das ursprüngliche Niveau herabgedrückt wird. Am besten hat dies eine Glasfabrik im Duxer Bezirke verstanden. Ursprünglich belohnte sie eine gewisse Mehrleistung an Gläsern mit zwei Litern täglichen Gratibieres, im nächsten Jahre wurde die flüssige Prämie auf eininhalb Liter im Tage herabgesetzt und hält gegenwärtig bei einem Liter, so daß man an den Fingern abzählen kann, wann sie ganz eingestellt werden wird. Eine weitere Glasfirma (Riedel in Polaun) trieb zuerst mit Prämien die Leistung hinauf, heute sodann die Zulagen ab und drohte schließlich der ganzen Belegschaft mit Entlassung wegen „Produktionskatastrophe“, als diese sich weigerte, zum alten Lohn die vermehrte Arbeit zu leisten. Auf jeden Fall erreicht der Teilnehmer mit dem Prämienwesen, daß das Verhältnis zwischen Lohn und Arbeitsleistung vollkommen verwischt wird. Die Arbeiter wissen zumeist nicht einmal, nach welchem Schlüssel die Prämien berechnet werden und müssen sich mit jedem Bettel zufrieden geben. Es ist so, wie ein holländischer Vertrauensmann treffend sagte:

„Der Arbeiter kalkuliert am schlechtesten mit der Arbeitskraft, er fragt nie, ob seine Leistung auch entsprechend bezahlt wird.“

Die Stadt Eger verzeichnet die größte Arbeitslosigkeit seit Jahren. Schon im Juli mußte die Gemeinde eine Aussperraktion beginnen, die Ende September täglich von 3—400 Personen im Anspruch genommen wurde, welche Zahl sich nach trübsamen Schätzungen in den Wintermonaten bis zu 2000 Personen erhöhen dürfte.

„Wir hatten während der Saison

einheimische Bauarbeiter arbeitslos, während auf den Bauten zugewanderte Maurer und Zimmerer beschäftigt sind“ — so wurde in Eger berichtet. Damit ist das schwierige Wanderarbeiterproblem angefaßt. Eger war vor dem Kriege ein großer Umschlagplatz der wandernden deutschböhmerischen Arbeitskraft. Die Sachengänger vermittelten vielfach auf der Hinreise zum reichsdeutschen Arbeitsplatz oder auf der Rückreise einige Wochen in Eger, dort ihren Verdienst beginnend oder ergänzend. Heute, wo die Grenzen für die Wanderarbeiter zumeist gesperrt sind, — Deutschland ringt selber mit dem Problem des Menschenüberflusses — kam sich der Strom der Sachengänger in Eger zum erstenmal, um dann das dichtbevölkerte Grenzland bis nach Reichenberg hinauf zu überfluten. Auch den südböhmischen Saisonarbeitern wurde eine andere Wanderrichtung ausgedehnt. Wien, Niederösterreich und die Industriezone Steiermark — ihre alten Arbeitsplätze — sind ihnen verschlossen, zumal Deutschösterreich durch ein eigenes Gesetz seinen Arbeiterüberfluß vor ausländischem Zutrom beharrt. Einige Jahre hindurch kämpften die südböhmischen Bauarbeiter dagegen an, schließlich nachsichtigerweise die Verbrenner ohne Papiere über die Grenze, arbeiteten drüben verstoßen und ohne Anmeldung (Maurer und Zimmerleute wurden von bekannten Meistern als Lehrlinge geführt usw.), bis zunehmende Ausweisungen und verschärfte Überwachungsmaßnahmen einen unübersteigbaren Wall bildeten. Beste Tragödien sich in diesem Verzweiflungskampf um die alten Arbeitsplätze abspielten, davon nur ein Beispiel: Ein Maurer A. aus D. Reichenau (Bez. Graz) verunglückte auf einer Baustelle und verlor dabei einen Fuß. Weil er als „Schwarzer Arbeiter“ bei keiner Versicherung angemeldet war, bekommt er nicht einen Heller Unfallrente. Der Zwang der neuen Verhältnisse treibt nun die Wanderarbeiter aus den Gebieten von Neubitzitz, Nepitz, Oberplan, Winterberg, Bergreichenstein, Laus-Ronsperg-Hofbau, Tachau-Plan, Marienbad, Weiseritz und Panetin in die Industriegebiete von Eger, Eger-Jankau, Karlsbad, Brüx-Dux-Tepitz, Aussig-Bodenbach, Reichenberg-Gablonz zusammen. Aber der einzige Zweig der Wirtschaft, der (neben der Landwirtschaft) größere Massen von Saisonarbeitern brauchen kann, das Baugewerbe, liegt aus bekannten Ursachen darnieder. Die wenigen Bauten, die in manchen Industriebezirken aufgeführt werden, könnten ganz gut mit den einheimischen Bauarbeitern bestritten werden. Doch der fremde Arbeiter taucht jedes Frühjahr auf, von den Entbehrungen eines langen Winters vorwärtsgepeitscht und mit einem Heißhunger nach neuem Verdienst erfüllt. Nun beginnt der Wettkampf zwischen den Anfassigen und den Jugereisten um die wenigen Arbeitsplätze. Das traurigste an der Sache ist jedoch, daß der fremde Arbeiter zum Lohnrüder werden muß, wenn er überhaupt unterkommen will, denn die größere Billigkeit und Willigkeit seiner Hände ist der einzige Vorzug, den er in die Waagschale werfen kann. So kommt, daß beispielsweise Bauarbeiter, die in Wien brave Gewerkschafter und oft auch tüchtige Vertrauensmänner waren, heute in Nordböhmen droben die größten Affordrücken und mitunter die Totengräber des Achtstundentages sind. Die Klassenolidarität gerät da in unüberwindlichen Widerspruch mit den Erfordernissen des nackten Lebens.

Auf der einen Seite der zürnende Arbeitskollege, der mahnende Gewerkschaftsfunktionär und das eigene Gewissen auf der andern Seite der Notkrieger der Familie, die Winterschulden beim Kaufmann und die Gestalt des Exekutors im Hintergrunde, der das ärmtliche Obdach unter seinem Hammer zu bringen droht — da soll nun der ausgewergelte und niedergedrückte Mensch den richtigen Ausweg finden!

Die lachenden Gewinner bei diesem professorischen Interessenkonflikt sind die Bauunternehmer, die dadurch vielfach von der unangenehmen Romendafekt enthanden werden, Lohnverträge abschließen und Vertragslöbne zu zahlen. Der Lebenskampf der deutschen Bauarbeiter wird noch erschwert durch das Vordringen der tschechischen Arbeitskraft im Baugewerbe. Auf den vielen Staatsbauten in den Städten und Industrieorten Deutschböhmens, die durchwegs von tschechischen Unternehmungen ausgeführt werden, sind mit verschwindenden Ausnahmen nur tschechische Arbeiter beschäftigt. Auch die Sandwerkverarbeiter werden zum Nachteil des heimischen Gewerbes in Innerböhmen hergesteuert und — soweit dies möglich ist — bereits fertig herausgebracht. Auf den Staatsbauten wird auch am meisten gegen den Achtstundentag gekämpft. Nach übereinstimmenden Beobachtungen arbeiten dort die Zugewanderten 14 bis 16 Stunden im Tage und schlafen zumeist in Baracken, welche bei der Baustelle errichtet wurden. Anzeigen gegen diese krassen Gesetzesverletzungen sind in der Regel erfolglos. Die „nationale“ oder „Minderheitsinteressen“ in Spiele sind, nicht jeder Faebel am Gelebe und an der Arbeiterschaft unter dem Schutze einer unerschütterlichen, aber allmächtigen Hand. . . . An den tschechischen Arbeitsverhältnissen im Baugewerbe trägt die Nach-

lässigkeit der Regierung und der Aufsichtsbehörden die Hauptschuld. Für Tausende von Menschen wären noch Arbeitsgelegenheiten da, wenn im Baugewerbe der Achtstundentag streng eingehalten und der alle Verstellungen übersteigenden Affordrücken ein Riegel vorgeschoben würde.

Wer in den Sommermonaten in den Heimatsbezirken der Wanderarbeiter zu tun hatte, wird es bestätigen können, daß viele der Menschen in der besten Saison dahin liegen und keine Arbeit finden konnten. Nur eine Auslese der besten, genügsamsten und widerstandsfähigsten Elemente vermag sich irgendwo durchzuschlagen. Von den mindestens 20.000 Wanderarbeitern Südböhmens, des Böhmerwaldes und des Egerlandes wird unter den obwaltenden Verhältnissen kaum die Hälfte einen vollen Sommerverdienst finden. Aber selbst diese fast reduzierte Zahl bildet eine ununterbrochene schwere Belastung des Arbeitsmarktes. — Der herrschende Menschenüberfluß macht sich auch noch in anderer Weise im Baugewerbe fühlbar: Durch den mächtigen Zutrom von unqualifizierten und deflozierierten Arbeitskräften zum Hilfsarbeiterberufe. Alles, was in keinem Dauerberufe unterkommen kann, drängt sich auf die Baustellen. Das Ueberangebot an unqualifizierter Arbeitskraft macht es der Baugewerkschaft fast unmöglich, halbwegs angemessene Hilfsarbeiterlöhne zu halten. Täglich bieten sich Leute zu einem noch geringeren Lohn an und auf einem Saazer Bau hat sogar eine Partie Erbauer einen vollen Tag umsonst gearbeitet, nur um zu zeigen, was sie leisten kann und daß sie sich im Falle der Aufnahme bestimmen ihr Geld verdienen wird. Nicht nur Jugendliche und unqualifizierte Kräfte rufen um die Hilfsarbeiterplätze auf den Bauten, sondern vielfach auch Abgebaute, die mit ihrer kümmerlichen Pension nicht leben können und nicht selten Geheiligte aus Intelligenzberufen.

Es kommt vor, daß Naturanten, Absolventen der Lehrerbildungsanstalten und entlassene Beamte bei dieser schweren Arbeit ihre letzte Zuflucht suchen.

Diese Beobachtung beleuchtet eine andere Seite des deutschböhmerischen Sozialbildes: die Ueberfüllung und die Arbeitslosigkeit in den geistigen Berufen. Daß dem deutschen Nachwuchs beinahe schon durch ein Jahrzehnt der Weg in den Staatsdienst versperrt ist, daß unsere Kulturschichten im Niedergang sind, daß eine einschränkende Wirtschaft immer weniger Raum für jugendliche Annäherer hat, mußte verhängnisvolle Folgen zeitigen. Im Egerer Bezirke werden über 100 stellenlose Lehrer gezählt. Der Andrang zu den wenigen freien Stellen der Selbstverwaltungskörper ist ungeheuer. Um die bescheidensten Posten bewerben sich Kräfte mit Mittel- und Hochschulbildung; so hat z. B. nach Mitteilungen eines Funktionärs der öffentlichen Angestellten ein junger Mann akademischen Grades um die Stelle eines Krankenhausportiers angelehrt. Die Ausschreibung eines Amtsdieners vollendete durch den Bezirk Jankau brachte 57 Aufsuchen, obwohl nur Bewerber über 35 Jahre in Betracht kamen und ein Offert über 44 Kronen Stempelgebühren löste. Kleinlandwirte machen sich erhörig, Straßenwärterstellen nur gegen den Grasungen der Strafungsgräben zu übernehmen. Das erschwert natürlich die Stellung der öffentlichen Angestellten und hat zur Folge, daß definitive Anstellungen immer seltener zu erreichen sind. Nicht minder traurig ist es um den weiblichen Nachwuchs bestellt. Handelsschülerinnen werden vielfach „gradenweise“ um 50 Kronen monatlich ins Büro angestellt, bei den Egerer Schneiderinnen sind die Lehrlinginnen schon für die nächsten zwei Jahre voraus vorgemerkt!

Von Eger aus führt der Weg dieser Betrachtung durch die Heimarbeits- und Hausindustriegebiete des Grenzlandes. In Schönbach, Pöchen und Grassl sind die Instrumentenmacher daheim. Sie leiden ebenfalls unter schwerer Armut. Die Wacstemo-Jelle in England und Hochdruckpille in Amerika lähmen die Ausfuhr, bei Mechanikinstrumenten macht sich das Fehlen des Absatzes nach Rußland und auf den Balkan schädigend fühlbar. Nur die Musikviolinaren haben eine gute Konjunktur auf Neuheiten, doch die Wochenlöhne von 80 bis 120 Kronen sind höchst gering.

Der stärkste Zweig der Erzgebirgischen Hausindustrie ist die Spigenklöppelei, die in den Bezirken Grassl, Reudel, St. Joachimstal, Proßpitz, Jankau und Komotau von 15.000 Frauen und Mädchen betrieben wird. Dazu kommen noch 3000 Spigenklöpplerinnen im oberen Böhmerwald (Laus, Ronsperg, Hofbau) und 2000 im Erzgebirge. Der Klöpplerinnen ging es schon immer schlecht, so schlecht wie jetzt aber schon lange nicht. China hat mit seiner spottbilligen Massenartikel unsere Spitze vom amerikanischen verdrängt, in Europa gibt die Mode der französischen Weibspitze den Vorrang. Unter Führung der Handelskammer Eger und Beihilfe der Staatschranstalt für Hausindustrie sind ernsthafte Bemühungen im Gange, die Spigenherzeugung auf künstliche Druckmaschinen umzustellen. Mit den neuen Maschinen sind auch auf Ausschreibungen und Messen schon vielversprechende Erfolge erzielt worden, es fragt sich nur, ob selbst bei bestem Gelingen aller Förderungsaktionen die Klöppelei in ihrem alten Umfange noch einmal aufleben wird.

Stark verbreitet ist in den Bezirken Hsch, Grassl und Weipert die Stickerei. Mit der Vor- und Nachbearbeitung sind an 6000 Arbeiterinnen damit teils in Fabriksbetrieben, teils in der Heimarbeit beschäftigt. Momentan herrscht große Arbeitslosigkeit infolge einer Geldmangeländerung der Konsumenten, ferner durch reichsdeutsche und schweizerische Konkurrenz.

Gut beschäftigt ist die Handschuhfabrikation des Erzgebirges mit 1500 bis 1500 Arbeiterkräften in den Orten Sarringen, Platten, Aberkam und Breitenbach. Eine im August d. J. beschlossene Ausfuhrabgabe für geerbte Ziegenfellte legte 850 inländische, bei einer Johanngeorginischer Firma beschäftigte Handschuh- und Lederarbeiter der Entlassungsgefahr aus und löst reichsdeutsche Gegenmaßnahmen befürchtend, Der Egerer Handschuhindustrie — deren Förderung die erstrebte Ausfuhrabgabe dienen soll — werden die Lebensinteressen der Erzgebirgler bedenklich geprüft.

Im Bezirke Reudel, wo in den Industriebetrieben Rothdeutsche Woll- und Seemannswarenherstellung, Rothau-Reudeler Eisenwerk und Papierfabrik günstiger Geschäftsgang herrscht, liegt in den Erzgebirgsbezirken die Perl- und Knopfabrikation, sowie die Perlschneiderei darnieder.

St. Joachimstal, das durch den Rückgang des Bergbaues und die Krise der Spigenklöppelei schon arg genug daran war, ist noch dazu der Tischbestimmung angelehrt. In den hochläufigen Kurbetrieben (mit Ausnahme der untergeordneten Arbeiten), sowie in der Tabakfabrikation werden deutsche Bewerber nicht mehr aufgenommen — angeblich zur Verfestigung des „nationalen Schließels“, den man allerdings bei den in reichsdeutschen Gegenden liegenden Staatsbetrieben anzuwenden vermag.

Die Weipertier Fasernindustrie und mechanische Planener Stickereiindustrie mit 3000 bis 4000 Beschäftigten hat durch die mit deutschbürgerlicher Hilfe beschlossene Einführung eines Ausfuhrzollens einen empfindlichen Rückschlag erfahren. Ueber dieses Verbrechen an unserer Heimindustrie wird noch gesprochen werden.

In einigen Orten des Komotau-Sebastiansberger Bezirkes und im Bezirke Korbarnaberg ist unsere erzgebirgische Spielwarenindustrie daheim. Die Unsicherheit und das Zerkwanken des Absatzes läßt die 750 dabei beschäftigten Personen, namentlich die Heim- und Lohnarbeiter zu keiner gesicherten Existenz kommen. Die Bemühungen, mit Hilfe der Handelskammer und der zuständigen Ministerien Räume für die Verkaufsgenossenschaft und für eine Fachschule zu erlangen, sind zu begrüßen, doch müßte Vorbehalten getroffen werden, daß von diesen Einrichtungen nicht nur die Erzeuger, sondern auch die Arbeiter einen Vorteil haben.

Was sich in den Grenzgebieten, und zwar nicht nur in dem besprochenen Streifen ungünstig auswirkt, ist die Ueberfüllung der Wälder in den letzten Jahren (Ronne, Spekulationsverkauf, Bodenreform) und die dadurch verminderte Waldarbeit, sowie die Rahmlegung der Sägeindustrie infolge des hohen deutschen Einfuhrzollens auf Schnittholz. Durch den letztgenannten Umstand allein sind im deutschen Grenzgebiet 2000 Sägearbeiter brotlos geworden. Wo immer man den Blick hinwenden mag, bringt die Schmälerung der ökonomischen Basis unseres sozialen Lebens und das langsame Verfliegen wichtiger Taschengelbes ins Aua.

Zehntausende von Menschen sind in einen Hungerturm eingesperrt. Oder ist das noch ein menschliches Leben zu nennen, wenn eine Grassliger Heimarbeiterin mit dem Ausschneiden von Motiven pro Stunde acht Heller (in zehn Stunden 80 Heller) verdient, wenn eine zweite in ihrem Lieferbuch einen Lohn von 7.65 Kronen für vierzehntägige Arbeit (jeden Tag bis 1 und 2 Uhr nachts) anweist? Ist das ein menschliches Leben, wenn die Kinder tagüber die Wägen (Häharie, Kofas, Seife, Waschmittel, Händhölzer) verbauert müssen, die der Vater in der Nacht über die Grenze geschleppt hat? Ist das noch ein Menschendasein, wenn Männer, Frauen und Mädchen stundenlang ganze Salzlake schleppen müssen, um davon das Brot für die nächsten Tage zu verdienen, wobei eine Vogegehung mit den Finanzjägern nicht nur den Verlust der letzten Dabe, sondern auch empfindliche Strafen bedeutet? Was hat die Frau getan, für die dieses Gnadengefäß geschrieben wurde:

An das
Gesellschaftsgericht
in Eger.

Unterschiedete Marie V. aus Grassl Nr. . . . wurde laut Urteil des Gesellschaftsgerichtes in Eger um zu einer Geldstrafe von 4.750.— und zu einer selbständigen Arreststrafe von 14 Tagen verurteilt. Infolge trübsaler Familienverhältnisse und sozialer Verhältnisse macht die Gefertigte von dem Rechte des Gnadengefäßes Gebrauch und erlaube sich folgendes anzuführen.

Ein verheiratet und Mutter von 7 Kindern. Mein Mann ist längerer Zeit krank und vollständig arbeitslos. Außerdem habe ich noch zwei kranke Töchter, die durch ihre Krankheit in der Verdienstmöglichkeit stark behindert sind. Im Monat Feber 1925 wurde meine Familie desolater und mußten wir von dieser Zeit bis zum 1. November l. J. in der Verpflegungslation Unterfaul suchen.

(Folgt dann die Bitte um Strafmaß und die Unterschrift)

Jugoslawien reduziert seine Ministerien von 17 auf 11.

Belgrad, 6. November. (Boala.) Der Ministerrat genehmigte einen Besenentwurf, durch welchen eine Reihe von Ministerien aufgehoben wird. Diese Vorlage, welche im Parlament ebenfalls eingebracht wird, verringert die Zahl der Ministerien von 17 auf 11. Das Kultusministerium wird dem Justizministerium, das Volksministerium dem Verkehrsministerium angegliedert und das Ministerium für Wälder und Bergbau in der Weise geteilt, daß das Departement für Wälder dem Ackerbauministerium und jenes für Bergbau dem Handelsministerium zugewiesen wird. Das Ministerium für Bodenreform wird aufgehoben und sein Wirkungsbereich dem Ackerbauministerium zugewiesen. Das Ministerium für soziale Fürsorge wird mit jenem für öffentliches Gesundheitswesen in ein einheitliches Ministerium für öffentliches Gesundheitswesen und soziale Fürsorge vereinigt. Das Ministerium für die Umfirmierung der Gesetze wird aufgehoben.

Sie wollte ihre Familie nicht verhungern lassen. Den günstigsten Fall ihrer vollständigen Begnadigung angenommen — was wird dann scholten sein? Am nächsten Tage wird sie der Diktator Hunger wieder auf den Schanzenweg und auf den Hausberg zwingen, denn die Menschen sind einmal so, daß sie sich nicht hängen und sagen: „Ich verzehe“ — in tiefer Ehrfurcht vor den Gefallsbestimmungen und dem neuen Hausberggesetz der Gewerbetreibenden. Dieses Eingesperrtsein in den Hungerturm, das dem jüdischen Banarbeiter die Unfallrente für den verlorenen Fuß gelöst hat und so vielen Böhmerwäldern und Erzgebirglern ihre Unbescholtenheit vor dem bürgerlichen Gesetze, das in unvollstem Sinne des Wortes zu einem deutsch-böhmischen Massenschicksal geworden. Eine sehr vorläufige Bilanz der vielen Erhebungen und Beobachtungen, die dieser Arbeit zugrunde liegen, ergibt an Menschen, die in den letzten Jahren überflüssig geworden sind:

- 15.000 Bergarbeiter
- 15.000 Metallarbeiter
- 10.000 Textilarbeiter
- 10.000 Glasarbeiter
- 10.000 Arbeiter anderer Industrien
- 10.000 Wanderarbeiter
- 15.000 Heimarbeitkräfte

Der Rest von arbeitslosen Jugendlichen, intelligenten Berufslern, frühzeitig abgekannten oder entlassenen Staatsangehörigen, durch die Bodenreform verdrängten Güterbesitzer und dazu die große Masse der Ungualifizierten erhöht die Summe auf weit über 100.000 Menschen. Mit Ausnahme des Bergbaues, wo die autark gebaute Staatshilfsindustrie zuläßt, wurden die Schöpfer abzüglich ihrer tief gegrienen Keimzellen mit dem gegenwärtigen Status überein, der durch die verheerende Wirtschaftskrise bestimmt ist. Hunderttausend dürfte die Zahl dieser betragten, die unabhängig von kleineren Konjunkturschwankungen aus dem Produktionsprozeß verdrängt sind. Dazu kommen gegenwärtig noch annähernd 100.000 Kurzarbeiter, von denen ein Teil noch in Ungewissheit schwimmt, ob sein Weg in den nächsten Jahren zur Bekarheit oder zur Arbeitslosigkeit führt. Das sind die schweren Probleme, vor denen wir stehen. Das sind die Tatsachen, die das ganze aktivistische Geiste der Deutschbürgerlichen zur Komödie stampeln, solange nicht der Staat selbst ein Instrument der wirtschaftlichen und sozialen Verteidigung aller seiner Bürger geworden ist.

Musland.

Nach den jählichen Wahlen.

Aus Chemnitz wird uns geschrieben:

Was nun? Die interessantesten Kombinationen füllen die Spalten der Presse, sie sind zu widersprechend, als daß man sie besonders troigisch nehmen könnte. Sicher ist nur eins: die Mehrheitsverhältnisse im neuen Landtag sind so verstorren, daß man ohne besondere Prophezeiung diesem Landtag ein nicht allzu langes Leben voraussetzen kann. Ist eine proletarische Regierung möglich? Nein! Die vier „Alten Sozialdemokraten“ können nicht als proletarische Vertreter angesprochen werden. Sie sind Knechte, mit denen die Sozialdemokratische Partei können. Hingegen, daß die Kommunisten heute noch keine ernst zu nehmenden Regierungspartner sind; es nicht einmal sein wollen. Eine bürgerliche Regierung? 47 Bürgerliche und 4 „Alte Sozialdemokraten“ verfügen über eine parlamentarische Mehrheit von drei Stimmen, können also die Regierung bilden. Tatsächlich rechnet das Bürgertum auch mit dieser Lösung, schließt die vier Vertreter der „Alten Sozialdemokratie“ ohne weiteres in die bürgerliche Mehrheit ein und hofft, auf diese Weise eine noch mehr rechts orientierte Koalitionspolitik zu treiben, als es schon in den letzten zwei Jahren der Fall war. Der „Volkstaat“, das Organ der „Alten Sozialdemokraten“, hat sich schon am ersten Tage nach der Wahl mit dieser Lösung einverstanden erklärt und betont, daß die „Partei“ sich den staatspolitischen Notwendigkeiten nicht entziehen werde.

Für die jähliche Sozialdemokratie ist die Situation günstig. Sie tritt innerlich geschlossen da und verfügt über eine einheitlich orientierte Fraktion. Partei und Fraktion werden in schärfer, aber zugleich auch sachlicher Opposition zu der kommenden bürgerlichen Regierung stehen. Sie werden den Kampf aufnehmen und im Parlament auch als Minderheit eine sozialistische Politik machen. Sie werden die alten Forderungen der Sozialdemokratie vertreten und sie werden ihre besondere Beachtung den Fragen widmen, die als brennend für die bürgerliche Gesellschaft zugleich die besten sind: den Fragen der Arbeitslosigkeit und der Forderung des Wohngesetzes. Die formalisierten sozialistischen Forderungen werden die bürgerlichen Ministerien — Wirtschaft, und Aufseherkorporationen — zwingen, Farbe zu bekennen und sich als Teile und Vertreter der bürgerlichen Gesellschaft zu demastieren.

Der Kampf um den nächsten Landtag, der dann in mehr oder weniger kurzer Zeit entbrennen muß und wird, schafft dann klare Verhältnisse. Die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei Sachens ist jetzt, alles für den kommenden Wahlkampf vorzubereiten. Für den Wahlkampf, der, auch in der Wandratsdauer ausgedehnt, ein rotes Sachsen mit einer sozialistischen Regierung bringen wird.

Barmatprozeß am 11. Jänner.

Berlin, 6. November. (Eigener Bericht.) Im Reichstagsuntersuchungsausschuß für Kreditwesen teilte der Vorsitzende heute mit, daß der Prozeß gegen die Brüder Barmat am 11. Jänner in Berlin beginnen werde und voraussichtlich sechs Monate dauern werde. Die Anklageschrift allein umfaßt etwa 600 Seiten.

Tagesneuigkeiten.

Die Kalenderreform.

13 statt 12 Monate?

Die Sonderkommission, die zur Umgestaltung der Kalenderreform vom Völkerbund eingesetzt wurde, hat jetzt ihren offiziellen Bericht veröffentlicht. Die Kommission, in der sich hervorragende Astronomen und Vertreter der wichtigsten religiösen Bekenntnisse befinden, hatte ein gewaltiges Material zu prüfen. Aus 33 Vorschlägen waren 155 Vorschläge eingegangen. Die Kommission hat ihrerseits Vorschläge an die 56 Staaten gemacht, die damals Mitglieder des Völkerbundes waren. Als der unbestreitbare Hauptfehler des gegenwärtig geltenden gregorianischen Kalenders wird die Ungleichheit seiner Monate, Vierteljahre und Halbjahre und die fehlende Festlegung der einzelnen Daten bezeichnet. Dadurch wird Verwirrung und Unsicherheit in den wirtschaftlichen, statistischen und rechtlichen Verhältnissen geschaffen. Da der gegenwärtige Kalender von Jahr zu Jahr wechselt, so müssen die Daten der Feiertage, Festlichkeiten, Märkte usw. immer von neuem bestimmt werden. Außerdem ist auch keine statistische Vergleichung zwischen den einzelnen Jahren oder zwischen den Unterabteilungen eines Jahres möglich.

Die Kommission hat nun drei verschiedene Reformpläne ausgearbeitet, die als einfache, teilweise und vollständige Reform bezeichnet werden. Bei der einfachen Reform besteht jedes der ersten drei Vierteljahre aus 91 Tagen oder aus 3 Monaten von 30, 30 und 31 Tagen. Der übrige Teil des Jahres wird dem 4. Vierteljahr hinzugefügt, das dann aus 3 Monaten von 30, 31 und 31 Tagen besteht. Im Schaltjahr hat der letzte Monat 62 Tage. Die vierteljährlichen Berechnungen werden dadurch erleichtert, und man kann besser den Wochentag herausfinden, auf den ein bestimmtes Datum fällt. Diese Reform ist die am wenigsten einschneidende, bietet aber auch die geringsten Vorteile. Bei der teilweisen Reform wird das Jahr in vier gleiche Viertel von 91 Tagen eingeteilt, von denen jedes Viertel 30, 30 und 31 Tage hat. Der 365. Tag wird außerhalb der Woche geläßt; er kann Neujahrstag heißen und dem 1. Jänner vorausgehen; der Schalttag würde vor dem 1. Juli eingeschoben. Dann sind alle Viertel- und alle Halbjahre gleich, und jeder Monat kann dieselbe Zahl von Werktagen enthalten; aber andererseits sind die Monate nicht gleich und enthalten nicht eine vollständige Zahl von Wochen. Daten fallen also nicht auf denselben Wochentag in jedem Monat, und Vergleiche werden noch schwieriger sein als bei dem ersten Vorschlag.

Die vollständige Reform sieht 13 Monate von 28 Tagen oder von je 4 Wochen vor; es sind im ganzen 52 Wochen oder 364 Tage. Der 365. Tag wird außerhalb der Wochenabteilung hinzugefügt. Bei einem solchen Kalender fallen die Wochentage in jedem Monat auf dieselben Daten. Wenn der 1. Jänner ein Sonntag ist, ist der erste Montagstag in jedem Jahr ein Sonntag. Alle Monate sind gleich und haben dieselbe Zahl von Wochen, Arbeitstagen und Sonntagen, so daß die Gehälter leicht berechnet werden können. Andererseits aber ist die Zahl 13 nicht teilbar, die Vierteljahre enthalten nicht eine gleiche Zahl von Monaten, und in den zahlreichen Sitten und Bräuchen des alten Jahres ist eine sehr bedeutende Veränderung notwendig. Nach dem Urteil der Kommission ist dieses Dreizehn-Monats-System für die Statistik und die Wirtschaft am nützlichsten, das Zwölf-Monats-System aber leichter durchführbar. Die Regierungen begünstigen daher das Zwölf-Monats-System, während zahlreiche Handelsgesellschaften und Eisenbahnunternehmungen für das Dreizehn-Monats-System sind. Eine bestimmte Reform wird nicht empfohlen, sondern es soll erst einmal auf dieser Grundlage die öffentliche Meinung für die Reform gewonnen werden.

Der Schwager des Reichspräsidenten, der „Rosa-Luxemburg“ meldet, daß gestern früh um 6 Uhr der Großgrundbesitzer Karl Krejmer, der wegen Betruges und zahlreicher anderer Delikte seit langem ständisch verfolgt wird, in einem Hotel in Währisch-Strau verhaftet wurde. Krejmer ist der Schwager des Ministerpräsidenten Sechla und war früher Präsident der Postwörter Wahlen und des Proger Bergbauvereins. Er soll vor einigen Jahren u. a. einer Sparkasse mehrere Millionen veruntreut haben; damals gelang es ihm aber, sich der drohenden Verhaftung durch rechtzeitige Flucht ins Ausland zu entziehen. Nun wurde er gestern bei der behördlichen Kontrolle der Meldebüchlein in einem Öttrauer Hotel verhaftet und dem Öttrauer Kreisgericht eingeliefert.

Sanierung der ungültigen Kriegsanleihe-Leihenscheine. Am 5. November 1926 ist die Verankerung der Regierungsvorordnung vom 30. April 1926, Z. Nr. 57, über die Unterbrechung der sich auf gewisse Verbindlichkeiten der Gemeinden beziehenden Zinsen erloschen und bisher nicht erneuert worden. Es können somit die bereits anhängigen Streitigkeiten über die Verbindlichkeiten der Gemeinden aus Darlehen, die in der Zeit vom 26. Juli 1914 bis 31. Dezember 1924 gestätigt und wovüber Urkunden ausgefertigt worden sind oder die in anderer Weise abgeschlossen wurden, nunmehr fortgesetzt und neue Streitigkeiten gemacht werden. Da die betragene Verordnung, die die Wirksamkeit des von der Regierung beantragten Gesetzes über die Verbindlichkeiten der von den Gemeinden ausgefertigten Urkunden sicherstellen wollte, nicht verlängert worden ist, darf wohl angenommen werden, daß auch der Gesetzentwurf selbst nunmehr als abgetan gelten kann und keine Aussicht hat, Gesetz zu werden.

Radio und tschechische Arbeiterschaft. Die „Karadn Lita“ haben dieser Tage den Protest gegen die Politisierung des tschechisch-slowakischen Radios veröffentlicht und rufen nach dem Postministerium, dieses möge die von einem tschechischen Arbeiterkuratorium veranstalteten tschechischen Arbeiterkonzerte abschaffen. Mit Recht antwortete das „Pravo Lidu“ darauf, daß die Hauptmassen der Konsumenten im Industriegebiet lebt und daß der größte Teil der Abonnenten Arbeiter sind. Das Blatt fordert das Radiojournal auf, eine Statistik der Abonnenten herauszugeben, es werde sich dann zeigen, wer die hauptsächlichsten Unterstützer des tschechisch-slowakischen Rundfunks sind. Dem tschechisch-bürgerlichen Blatt gehe es in Wahrheit nicht um die Entpolitisierung des Radios, denn sonst würde es sich auch gegen den sogenannten landwirtschaftlichen Rundfunk wenden, sondern um die Beherrschung des Radios durch die Bourgeoisie und die Beseitigung der Arbeiterkonzerte.

Rabbi Zagore. Einiges Kopierbrechen verurteilte kürzlich ein Brief, der unter der abgeleiteten Adresse „Rabbi Zagore“ in Wien angelangt war. Der mit der Zustellung betraute Postbote war der sicheren Meinung, daß es sich um einen Rabbiner handle und gab den Brief in der Kanzlei der israelitischen Kultusgemeinde ab. Diese aber schickte ihn tags darauf an das Postamt mit dem Vermerk, daß ein Rabbiner Zagore daselbst unbekannt sei. Erst die Auskunft die nahe Pöchlmann, die ein Beamter des Postamts vom Schreibisch aus genies, brachte Klarheit in die Sache und man kam darauf, daß der Adressat tatsächlich kein Rabbiner, sondern der indische Dichterpöfel Rabindranath Tagore sei, der in Wien zu einem Vortrag weilte. Leider hat der Brief ihn nicht mehr erreicht, weil Tagore bereits nach Budapest abgereist war.

Habsburgerlegenden.

Die Art, wie in Volks-, Mitle- und Hochschulen unterrichtet wird, ist abhängig von den jeweiligen Machtverhältnissen der Klassen. Da das Bürgertum die heutige Gesellschaft beherrscht, steht auch der Geschichtsunterricht im Dienste der bürgerlichen Beeinflussung der Massen. Schon das Mindergeheimnis wird auf diese Weise von der bürgerlichen Weltweise umfassen. Die heute erwachsenen Männer und Frauen, die vor dem Ende des alten Österreich in die Schule gegangen sind, haben die Geschichte Österreichs als die Geschichte der Familie kennen gelernt. So wie in anderen monarchischen Staaten wurden auch in Österreich um das Herrscherhaus allerlei Legenden gesponnen, die verstorbenen und die lebenden Habsburger wurden als Ausübung aller Tugenden, als die Personifikation der besten menschlichen Eigenschaften dargestellt. Aber die Legende von den guten Habsburgern wirkt noch heute in den Köpfen nach und findet einen Niederschlag vielfach noch in Geschichtsbüchern, die auch heute gelesen werden. Dieser im Dienste einer Dynastie stehenden Geschichtsschreibung sieht nun der Redakteur der „Arbeiterzeitung“ Genosse Guinar Bollatschek an den Leib. Die erbauischen Geschichten, mit denen die Herrscherfähigkeit des ersten bis letzten Habsburgers verpackt werden sollte, wird dieses Kapengoldes entkleidet, das wahre Gesicht des Geschlechtes, das Österreich ein halbes Jahrtausend beherrschte, wird gezeigt.

Schon am den ersten Begründer der habsburgischen Herrschaft, Rudolf von Habs-

burg, der von 1273 bis 1291 deutscher König war, hat eine diensteifrige Geschichtsschreibung ein üppiges Rankenwerk von Legenden gesponnen. Bekannt ist ja die Erzählung von Rudolf v. Habsburg und dem Priester, welche Schiller in einem Gedicht behandelt. Bollatschek zeigt uns aber, daß Rudolf kein so frommer Mann war, daß er Klöster angezündet und ausgeraubt hat und daß er vor allem einer der ärgsten Bauernbedrücker gewesen ist. Der Historiker Gaalardi hat ihn den größten Raubritzer im adeligen Rarpsienemisch genannt. Als besonderen Ausdruck aller Tugenden hat die schwarz-weiße Geschichtsschreibung Maximilian den Ersten, dargestellt, den „letzten Ritter“, der sich nicht scheut, hat seinen Sohn mit einer Schwachsinnigen zu verheiraten, nur damit die Habsburger Spanien und seine Nebenländer erben. Ebenso ist Maximilians Enkel, Karl der Fünfte, der sich in seinen letzten Lebensjahren zurückzog und als Einsiedler ein angeblich beschiedenes Leben geführt haben soll, zum Objekt einer Legende erhoben worden. Bollatschek erzählt uns, daß Karl V. in seinem Einverständnis ein Gefolge von 150 Personen hatte, vom Papst die Dispens vom Fasten erhielt und Tagelöhner von fast tausend Mikrogramm Gold und anderen Edelmetallen besaß. Dieser fromme Habsburger ließ sogar Rom plündern und den Papst gefangen nehmen, über den katholischen Ferdinand den Zweiten, der Österreich zur Zeit des dreißigjährigen Krieges regierte, hat die protestantische Geschichtsschreibung schon eher die Wahrheit verbreitet. In Österreich und in Böhmen hat er als Henker furchtbar gemüht, an der Entfesselung des dreißigjährigen Krieges hatte er ein gerühmt Maß von Schuld. Mit Recht hat daher Friedrich Schiller in seiner Geschichte des dreißigjährigen Krieges gesagt: „Für Europa war kein Friede, für seine Staaten kein Gedeihen,

kein Plan von Dant für der Völker Glück, so lange es diesem gefährlichen Geschlecht überlassen bleibt, nach Gefallen die Ruhe dieses Weltteiles zu stören.“

Sehr bemerkenswert sind auch die ausführlichen Darlegungen Bollatscheks über die Regierungsjahre Josefs des Zweiten. Während Josef II. von der liberalen Geschichtsschreibung als eine Art Reformhinge stellt wird, war er in Wirklichkeit weder ein Liberaler, noch ein Freund der Aufklärung, noch ein Feind der katholischen Religion. Seine Reformen hatten vielmehr den Zweck, die Machtmittel des Staates zu stärken und die Glaubensfreiheit betrautete er nur vom Standpunkt der Nützlichkeit. So ist es charakteristisch, daß in dem bekannten Toleranzedikt von 1781 außer den Protestanten, Orthodoxen und Juden den anderen Religionen kein Gottesdienst gestattet war und daß insbesondere die hussitischen Bekenner in Böhmen großartig verfolgt wurden. Die Aufhebung der Klöster hatte nur den Sinn, den Abfluß des Geldes aus Österreich zu verhindern, wohl wurden von Josef etwa 700 Klöster aufgehoben, dafür aber 2000 neue Pfarren errichtet.

Wiel tiefer unter Josef standen freilich die Herrscher Österreichs im neunzehnten Jahrhundert. Franz der Zweite, der Großvater Franz Josefs, hat sich durch die Grausamkeit auszeichnet, die er in seinen Verordnungen für die Behandlung Gefangener vorfand. Sein Enkel, Franz Josef, war ein geldgieriger Feind der Arbeiterschaft. Wenn die Behörden nicht genug schaff gegen Streikende vorgingen, hat er das gerügt und bei der ersten Reise im Jahre 1890 hat er darauf gedrängt, daß gegen die Feiern der mit Energie vorgenommen werde. Gehängt wurde in Österreich v. 1848 bis in seinem Tode fleißig. Ebenso wie im Jahre 1848 der

Revolutionär Robert Blum hingerichtet wurde, so im Kriege der Asiatischer Battin. Dem allgemeinen Wahlrecht hat Franz Josef seinerzeit nur aus Furcht vor der Revolution zugestimmt und von der Rüstung des Kriegsausbruch ist der angebliche Friedensstifter nicht freizusprechen. In einem Briefe an Wilhelm den Zweiten vom 2. Juli 1914 schrieb er ausdrücklich: „Das Bestreben meiner Regierung muß in Zukunft auf eine Höherung und Verkleinerung Serbiens gerichtet sein.“

Daß der letzte Habsburger kein großer Held war, ist ja bekannt. Gerade in ihm ist die körperliche und geistige Degeneration der Habsburger voll zum Ausdruck gekommen.

Bollatschek befaßt sich nicht nur mit der Habsburgerlegende, sondern schweift oft vom Thema ab. Er erzählt uns von den Kämpfen der Bauern gegen die Grundbesitzer, was insofern zur Geschichte der Habsburger gehört, als diese natürlich immer auf Seiten der grundbesitzenden Ausbeuter standen sind. Ebenso berichtet Bollatschek von der Kriegerzeit der Revolution und bietet uns dadurch ein Stück revolutionärer Kriegsgeschichte. Aber gerade durch diese Abschweifungen vom Thema ist ersicht, was Bollatschek seinem Vorwort gemäß selbst beachtet hat: Er hat ein vielseitiges republikanisches Lesebuch geschaffen und dieses Lesebuch kann allen anempföhlen werden, die einen Sinn für Geschichte haben. Die Lesüre wird den Lesern in die Möglichkeiten verliehen, sein Gehirn von den vielen Geschichtlichen, die man in den Schulen gelehrt hat, zu befreien und die Geschichte zu sehen als das, was sie in Wirklichkeit ist, eine Geschichte von Klassenkämpfen. Emil Strauß.

*) Gustav Bollatschek: Habsburgerlegenden 1927. Verlag der Wiener Volksbuchhandlung.

Sterbeprotokolle, haben Sie nicht eine hübsche Kaisergeschichte auf Lager? In Ungarn wird die Frage der Thronbesteigung mit Heinerlicher betrieben. Herr Bethlen hält nicht weniger als drei Sababurger Erbsitz in Besitz und so nebenbei noch ein paar unabhängige Könige aus der ungarischen Nachbarschaft. Das bringt das „Prager Tagblatt“ in größter Aufmerksamkeit — niemand wird's ihm übel nehmen. Als Plott, das angeblich auch von Republikanern gelesen wird, kann es aber natürlich diese Nachricht, eine Kreidenbotschaft für die im Sterben Schwärzgeliebten, nicht mit einem aufschäumenden Kommentar versehen. Doch da gibt's einen Ausweg: man bringt gleich auf der nächsten Seite einen langen Aufsatz aus dem neuesten Buch des zentralen Narren Wilhelm, dem „Prager Tagblatt“ ein geschäpfter Mitarbeiter besonders dann, wenn er etwas aus seinen Erinnerungen „als Jagdgast bei Franz Joseph“ um besten gibt. Und da liest nun der durch die neuesten Ereignisse in Ungarn lieblich in die Vergangenheit zurückgerufene Leser, wie Wilhelm mit Franz Joseph Schulter an Schulter Gemsen ischt, was für ein fabelhafter Bergkletterer der Alte war und was für ein netter Mensch, der sogar die Blumen liebt und der, ein echter Vater seines Volkes, am liebsten Kinder schmört. Und eine Spezialität der Schönbrunner Küche. Und pünktlich war er — jeder soll ein König. Auch äußerlich:

„Alle trugen die heiterliche Tracht, auf der Reife und im Hause mit langen Beinledern, auf der Jagd mit kurzen „Samledernen“, dazu den berühmten grünen Hut mit dem Sambart; die nötigen Jagdschilde lieferte ein bekannter Schuster aus dem Gebirge.“

Und die nötige Stimmung der Schmuckredakteur aus der Prager Herrenasse. Man tröstet sich über den unerfreulichen Verlust dieser Herrlichkeiten damit, daß wenigstens in Ungarn endlich wieder dem Verdienste seine Krone wird.

Man merkt schon, daß es deutsche Minister gibt... Bei den am 5. Oktober in Teplitz-Schönau bei der ehemaligen A. T. G. abgehaltenen Sprachprüfungen haben von 50 Prüfungskandidaten nur acht die Prüfung bestanden.

Täglich ein Selbstmord in Prag. 1925 haben die Selbstmorde in Prag ein Maximum erreicht. Insgesamt wurden 312 Selbstmorde verübt, und zwar von 224 Männern und 88 Frauen. Von der Gesamtzahl der Selbstmörder haben nur 65 außerhalb Prags ihr Domizil. In der angegebenen Zahl befinden sich auch 14 Soldaten. Die Zunahme der Selbstmorde in den letzten Jahren erhält aus folgenden Ziffern: 1921 — 244 Selbstmorde (210 Einheimischen, 34 Fremde), 1922 — 280 (227 und 53), 1923 — 281 (216 und 65), 1924 — 262 (210 und 52).

Eine Abordnung der Kriegsbeschädigten im Abgeordnetenhaus. Letzten Donnerstags sprach eine Abordnung des Bundes der Kriegsbeschädigten, die Reichsberga, bei den einzelnen parlamentarischen Ämtern vor, damit die eingebrachten Anträge auf Absicherung des Versorgungsgebietes für die Kriegsbeschädigten ehestens auf der Tagesordnung des Abgeordnetenhauses erscheinen. Es wurde unter anderem mit den Abgeordneten Genossen Laub und Hasenberger verhandelt. Vor allem wurde Einfluß genommen, daß bei den Budgetberatungen schon auf die Absicherungsanträge Bedacht genommen werde. Die Abgeordneten geben durchwegs zusagevolle Erklärungen ab. Es gelang auch, auf den Vorsitzenden des sozialpolitischen Ausschusses Einfluß zu nehmen, so, daß in nächster Zeit der sozialpolitischen Ausschuss einberufen wird und die eingebrachten Anträge auf die Tagesordnung gestellt werden.

Wieder ein Einbruch bei Genoffin Elberg. Wie wir erfahren, hat das angebliche Attentat von Bologna auch einen neuen Einbruch in das Haus des sozialistischen Parteivorstandes in Rom, in dem sich auch die Wohnung der Genoffin Verda-Elberg befindet, zur Folge gehabt. Es waren in dieses Haus, das nur von einem 70jährigen Manne, dem Gatten unserer Genoffin, drei Frauen und einem Kinde bewohnt war, etwa 20 Faschisten einmarschiert, die alles kurz und klein schlugen. Der Angriff war schon zwei Stunden bevor angekündigt worden, trotzdem geschah nichts Entsetzliches, um das Verdienen, daß in einer der Hauptstraßen Roms verübt wurde, zu verhüten. Der schwache Polizei, die gewisshaft und mutig die Verteidigung führte, gelang es unwohl, indem sie mit der Anwendung der Waffe drohte, die Menge in Schach zu halten. Als aber diese sah, daß die Polizei nicht schicksalhaft durste, durchbrach sie die Sperre. Die Familie — ein Greis, drei Frauen und ein Kind — mußte sich in eine fremde Wohnung retten und wurde noch später, als sie außerhalb des total verwüsteten Hauses eine Unterflur für die Nacht suchen mußte, mit dem Schädel einschlagen bedroht. Ein Versuch der Einbrecher, die Trümmer der völlig demolierten Bureauräume in Brand zu stecken, wurde von der Polizei verhindert. — Genoffin Oda Verda-Elberg ist die italienische Korrespondentin der Wiener „Arbeiterzeitung“, des Berliner „Vorwärts“ und anderer Blätter.

Die Typhus-Opfer in Hannover. Die Zahl der in den Krankenhäusern befindlichen Typhuskranken beträgt nur noch 819. Seit dem 24. Oktober wurden ins Krankenhaus 72 Personen überführt und 561 entlassen, gestorben sind 16 Personen. Die Gesamtzahl der Letzten beträgt 262, einschließlich der in den Privathäusern gestorbenen Kranken. Bei der staatlichen Meldungsbehörde sind seit dem 24. Oktober im gan-

zen 43 Fälle gemeldet. Davon sind 34 in den Häusern der Krankenhäuser einbezogen.

Klärung eines Massenmordes nach fünfzig Jahren. Die Polizei in Bamberg hat vor einigen Tagen ein Schreiben eines polnischen Konsuls in Amerika erhalten, worin die Aussage eines alten polnischen Auswanderers, die dieser auf dem Tatenort gemacht hat, verzeichnet worden ist. Der Alte hatte vor etwa 50 Jahren einen Massenmord an der Familie eines Fleishers in Neffen begangen und die Leichen vergraben. Die Polizei hat an der bezeichneten Stelle nachgraben und fünf Menschenknochen aufgefunden.

Die Deutsche Landeskommission hat zur Aufklärung über ihre Ziele einen Lichtbildervortrag mit über 200 Lichtbildern hergestell. Der Vortrag gliedert sich in 2 Gruppen, und zwar 1. heilende oder individuelle Fürsorge, und 2. vorbeugende oder allgemeine Fürsorge. Alle Ortsbildungsvereine werden auf diesen Vortrag aufmerksam gemacht mit dem Ersuchen, einen in ihr Vortragsprogramm anzunehmen. Der Vortrag kann bezogen werden durch die Deutsche Landeskommission für Kinderfürsorge und Jugendfürsorge in Reichenberg, Waldselle 14, und die Lichtbildzentrale der Deutschen Landeskommission in Witten, Burfingstraße 15.

Wohnnotbeseitigung für Kinder mittelster Cisterzienser in Böhmen. Der Hilfsverein für bedürftige Cisterzienser in Prag veranstaltet auch neuer eine Wohnnotbeseitigung für Kinder mittelster, in Böhmen (dem Wirkungsbereich des Vereines) sich aufhaltender österreichischer Bundesbürger. Gesuche, belegt mit ordentlichen Zeugnissen

Volkswirtschaft.

Zu den Wahlen in die Krankentassen der Eisenbahner.

Bei den Wahlen in die Krankentassen der Eisenbahner werden sich, wie der „Eisenbahner“ schreibt, der Verband der Eisenbahner und die Linie, welche beide der internationalen Transportarbeiterföderation angehören, als Gegner gegenüberstellen. Der Verband hat mit der (kommunistischen) Internationalen Föderation ein Wahlbündnis geschlossen, während die Linie mit der nationalsozialistischen Jednota geloppelt hat. Was ist der Grund des Kampfes der beiden freien Gewerkschaften gegeneinander?

Vor allem hat die Linie ohne es nur der Nähe wert gefunden zu haben, mit den Vertretern des Verbandes das vorherige Einvernehmen zu pflegen, mit Organisationen, die auf nationalsozialistischer Grundlage aufgebaut sind, Wahlbündnisse geschlossen. Dieses Vorgehen der Linie ist keine vereinzelte Erscheinung, sondern ist begründet in der ganzen Gewerkschaftspolitik, welche die Linie seit einer Reihe von Jahren treibt. Sie hat nicht nur oft den Verband angegriffen und Flugblätter gegen ihn auch in deutscher Sprache herausgegeben, sie hat nicht nur bei den vorigen Wahlen im Jahre 1924 sämtliche Aktionen ohne Wissen und Verständigung des Verbandes durchgeführt und gerade in allerletzter Zeit versucht dem Verband Mühsel abzurufen. Vor allem hat sie sich in Fragen der Gesetzgebung, welche die Lohn- und Dienstverhältnisse der Eisenbahner betreffen, in einer Weise verhalten, die den schärfsten Widerspruch der Mitglieder des Verbandes hervorgerufen hat. Die Regelung der Dienst- und Entlohnungsverhältnisse der Eisenbahner erfolgt auf dem Wege der Gesetzgebung, ist somit unmittelbar den politischen Einflüssen unterstellt. Bei der verschiedenen Einstellung der deutschen und tschechischen Sozialdemokratie zu den einzelnen Regierungen der allnationalen Koalition mußte es dazu kommen, daß die Vertreter beider Organisationen gegeneinander im Parlamente auftraten. Dazu kommen noch die nationalsozialistischen Maßnahmen der Regierung und Verwaltung gegen das Personal der Rinderkassendörfer, die in ihren härtesten Auswirkungen auf Grund von Gesetzen erfolgen, für welche auch die Vertreter der Linie mitgestimmt und mitgewirkt haben. Als Beispiel sei nur das Abbaugesetz angeführt. Unter Mitwirkung der Vertreter der Linie wurden die Vertrauensmännerverschüsse von der Ueberwachung der Durchführung des Abbaugesetzes ausgeschaltet und an deren Stelle die Vertreter der politischen Koalitionsparteien in die Abbaufunktionen entsendet. Wie einseitig mit Hilfe dieser Kommission das Abbaugesetz durchgeführt wurde, ist allgemein bekannt. Ebenso trägt die Linie die Verantwortung für das neue Gehaltsgesetz, welches insbesondere für das niedere Personal große Schäden rechtlicher und finanzieller Natur enthält. Die Auswirkungen des Gesetzes, werden die Bediensteten in nächster Zeit zu spüren bekommen.

Es ist gewiß bedauerlich, daß in einem Zeitpunkt, in dem es gelungen ist, zwischen der tschechoslowakischen Gewerkschaftsbewegung und dem Deutschen Gewerkschaftsbund eine Verständigung über eine gemeinsame Landeszentrale herbeizuführen, die Gegenstände zwischen der Linie und dem Verband eine solche Weiterbildung erfahren haben, daß die beiden Organisationen sich in dem Wahlkampf gegenüberstellen. Aber alle Erfahrungen lehren, daß gemeinsame Organisationen nicht durch Beschlüsse über Nacht entstehen, sondern in mühevoller Arbeit erzwungen werden müssen. Trotz aller flogenden Momente, die bisher einer organisatorischen Verständigung des tschechoslowakischen Eisenbahnerpersonals entgegenstanden, werden die Verhältnisse früher oder später zu dieser Verständigung führen. Die auf freigewerkschaftlicher Grundlage organisierten deutschen Eisenbahner werden diese Verständigung stets fördern, damit der Jammer der organisatorischen Zerrissenheit endlich einmal überwunden wird.

selben und Armutsgewinnern, sind bis spätestens 1. Dezember l. J. an die Kasse der Hilfsvereines für bedürftige Cisterzienser in Prag II, Soosstraße nam. 53, zu richten.

Eine Krankenschwester unter Anklage jahrelangiger Tötung. Vor kurzem ereignete sich im Leipziger Krankenhaus St. Jakob ein bedauerlicher Unglücksfall, indem ein junger Mann, der sich wegen einer geringfügigen Nasenoperation ins Krankenhaus begeben hatte, infolge einer zu reichlichen Kokaininjektion gestorben war. Wegen die Krankenschwester, die den Unglücksfall verschuldet haben soll, steht ein Verfahren wegen fahrlässiger Tötung. Leider stellt sich jetzt heraus, daß es bei diesem bedauerlichen Missetat nicht sein Betendener gehabt hat. Wie berichtet wird, ist die Leiche ohne Genehmigung der Angehörigen sezirt worden, und der zuständige Oberarzt hat es unterlassen, über den durch fahrlässige Verursachung Todesfall bei dem zuständigen Staatsanwalter und bei der Staatsanwaltschaft Anzeige zu erstatten.

Zwischen den Russen zermalmt. Auf dem Zaner Hauptbahnhof ereignete sich ein größlicher Unglücksfall. Beim Verschleiben geriet der 30 Jahre alte Eisenbahnbedienstete Ladislav Brabec aus Jitomy bei Znam zwischen die Räder und wurde auf der Stelle getötet. Dem Unglücklichen ist der Brustkorb zerquetscht worden.

Aus Eifersucht die Stiefmutter erschossen. Die 19jährige Alona Bancus in Bukowce erschoss ihre Stiefmutter, da diese ein Verhältnis mit dem Geliebten des Mädchens begonnen hatte. Das Mädchen wurde verhaftet und dem Gerichte überstellt.

Die Krisis der Handelsvertragsverhandlungen der Tschechoslowakei.

Seit Monaten verhandelt die Tschechoslowakei mit Ungarn über einen Handelsvertrag, der nicht zustande kommen kann. Vorläufig wurde ein Reichbegünstigungsabkommen abgeschlossen, das aber, wie wir bereits einmal ausgedrückt haben, der tschechoslowakischen Volkswirtschaft fast überhaupt keinen Nutzen bringt. Immer wieder redet der Handelsminister mit großem Optimismus von der Möglichkeit eines erfolgreichen Abschlusses der Verhandlungen mit diesem für die tschechoslowakische Industrie so wichtigen Abgabegeld. In Wirklichkeit aber türmen sich immer neue Schwierigkeiten auf, die den Abschluß eines Handelsvertrages hinauschieben. Die Ungarn verlangen eben, was für sie am wichtigsten ist, die Serabsetzung des Wehl- und Getreidezollens, damit ungarische Getreide und Wehl in die Tschechoslowakei eingeführt werden kann, was aber die tschechoslowakischen Uavhändler mit Rücksicht auf das Wohlgeheir vom Juli dieses Jahres ablehnen.

Aber auch mit Deutschland sind die Handelsvertragsverhandlungen, welche gleichfalls schon wochenlang geführt werden, noch immer zu keinem Abschluß gekommen. Auch da sind die tschechoslowakischen Nachschungzölle ein Hindernis des Abschlusses eines Vertrages mit dem Lande, das für unsere Einfuhr und Ausfuhr das wichtigste Land der Welt überhaupt ist. Falls es nicht gelingt, mit Deutschland zu einem Handelsvertrag zu kommen, so ist mit einer ziemlich bedauerlichen kritischen Lage der tschechoslowakischen Volkswirtschaft zu rechnen.

Die Krise, die in den Handelsvertragsverhandlungen der Tschechoslowakei eingetreten ist, wird nun in den letzten Tagen noch verschärft durch die handelspolitische Spannung mit Oesterreich. Wie es heißt, hat Oesterreich die Absicht, den Handelsvertrag mit der Tschechoslowakei zu kündigen, weil seitens der Tschechoslowakei Revisionenverhandlungen des bestehenden Vertrages verweigert werden und die Oesterreicher der Meinung sind, nur durch schärfste Maßnahmen die Tschechoslowakei an den Verhandlungen bringen zu können. Die Vertragskündigung dürfte noch vor Ablauf dieses Jahres erfolgen und man rechnet in Oesterreich schon heute mit einem vertragslosen Zustand.

Falls es wirklich zur Kündigung des Handelsvertrages seitens Oesterreichs kommen und die Verhandlungen mit Ungarn und Deutschland nicht vorwärts gelangen sollten, dann ist mit einer Verschärfung der Krise und unerhörter Arbeitslosigkeit zu rechnen. Schuld an dem Stoden der Verhandlungen sind insbesondere die hohen landwirtschaftlichen Zölle und man sieht nun, wohin die Wirtschaftspolitik der Rechtsregierung führt. Statt, wie und in der Rollbedeute im Abgeordnetenhause gesagt wurde, den Abschluß von Handelsverträgen zu erleichtern, haben die Zölle den Abschluß von Handelsverträgen erschwert, so fast unmöglich gemacht. Es zeigt sich immer mehr, daß die bürgerliche Wirtschaftspolitik nach wenigen Monaten am Ende ihres Lateins angelangt ist.

Oesterreich hat den Vertrag bereits gekündigt.

Wien, 6. November. Der Hauptauschuß des Nationalrates hat heute beschlossen, den Handelsvertrag mit der Tschechoslowakei ab 1. Dezember dreimonatig zu kündigen. Die Verhandlungen über ein Zusatzabkommen zu dem oörr.-tschechoslowakischen Handelsvertrag waren bekanntlich für den 20. September angelegt, wurden aber von tschechischer Seite immer wieder hinausgeschoben mit der Begründung, daß die tschechischen Delegierten durch die Verhandlungen mit Ungarn und Deutschland zu sehr in Anspruch genommen seien. Nunmehr ist seitens der tschechoslowakischen Regierung mitgeteilt worden, daß die tschechoslowakischen Delegierten erst ab 8. Jänner zur Besü-

gung stehen können. Auf den Widerstand seitens der Prager Regierung ist die Maßnahme juridischzuführen.

Schiedspruch im deutschen Braunkohlenbergbau.

In der Lohnstreitigkeit im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau wurde am 4. November ein Schiedsgericht dahin gefällig, daß der tarifliche Durchschnittslohn mit Wirkung vom 1. November 1926 ab um 3,5 Prozent erhöht wird. Die Lohnregelung ist frühestens zum 31. Mai 1927 kündbar. Die Erfahrungsfrist läuft bis zum 16. November 1926.

Streit und Aussperrung der Schlachthausgehilfen in Prag. Auf dem Prager Schlachthof ist infolge von Lohnrückereien der Unternehmer und der Weigerung der Fleischergehilfen, die Gewerkschaftsorganisationen der Gehilfen anzuerkennen, ein Streit ausgebrochen, den die Unternehmer mit einer Aussperrung beantwortet haben. Die Schlachthausgehilfen veranstalteten Freitag in den Prager Gassen eine Demonstration und eine Protestkundgebung auf der Schützeninsel. — Dazu erhalten wir folgende Mitteilung: An die Herren Selcher Groß-Prags: Die unterfertigten Korporationen machen Ihnen auf die drohende Gefahr der Arbeitseinstellung in allen Werkstätten aufmerksam, falls der Streit im Zentralschlachthaus, der den Arbeitern von der Genossenschaft der Großfleischer aufgezwungen wurde, nicht ehestens beendet wird. Die Arbeiterschaft aus den Werkstätten hat sich in der am 5. November auf der Schützeninsel stattgefundenen Versammlung verpflichtet, daß sie im Bedarfsfalle den Verteidigungskampf ihrer Kollegen aus dem Schlachthaus unterstützen wird, welche aus der Beschäftigung ausgesperrt wurden. Die Genossenschaft der Großfleischer erklärt nämlich, daß sie in ihrem Namen handelt. Den Vertretern der Gewerkschaftsorganisationen ist es deshalb in der Versammlung schwer gelungen, die Arbeiter aus den Werkstätten von der augenblicklichen Arbeitseinstellung abzurufen. Der Streit kann sofort beendet werden, sobald sämtliche Kündigungen widerrufen und die Gewerkschaftsorganisationen anerkannt werden. Deshalb appellieren wir im Interesse eines ruhigen Betriebsanges im letzten Augenblick an Sie, durch Ihren Einfluß auf die Beendigung des Streites einzuwirken. Oddorové (brüderlich) den tschech. Republik, zuzuzuschreiben a uzenařskij v. čsl. rep. Zentralverband der Lebensmittelbederufe in der Tschechosl. Rep.

Turnen und Sport.

Wieder ein bürgerlicher Sportskandal.

D.Ö.G. gegen A.A.S. Bedowitz 3:3 (2:2) abgebrochen. — Rohheitsakte der Bedowitz. — Ein bedauerlicher Unglücksfall. — Polizei und Rettungsausschuss am Plage.

Nach dem letzten günstigen Abschneiden der Bedowitziger gegen Slavia, richtete sich das Augenmerk der Prager bürgerlichen Sportwelt auf das samstägliche Zusammentreffen der Bedowitziger im Punktekampf mit dem Prager D.Ö.G. Vorweg muß gesagt werden, daß die Bedowitziger nicht die gute Leistung wie im Spiele mit der Slavia wiederholen konnten; daß sie aber trotzdem ein solch günstiges Resultat erzielen konnten, ist dem schwachen Spiel der blauweißen Konkurrenz zuzuschreiben. Auch Tausch im Tore ließ seine sonstige Sicherheit sehr vermissen und durch seine Unachtsamkeit kamen die Bedowitziger zu zwei billigen Erfolgen. In dem vom D.Ö.G. überlegenen geführten Kampfe wurde bald von einigen Bedowitziger Spielern eine derbe Kete gebracht, die speziell in der zweiten Halbzeit offen durchbrach, als die blauweißen die Bedowitziger kaum zu Atem kommen ließen. Die D.Ö.G.-Stürmer konnten aber trotz der großen Anzahl von Torchancen keine richtig verwerten, einstellte wegen der starken Spielweise des Gegners, andererseits aber auch aus Egoismus Patiens, der ausgerechnet mit dem Ball bis ins Tor hineinlaufen wollte. In der ersten Halbzeit spielten beide Mannschaften ein gleichwertiges Spiel. Jedoch nach der Pause änderte sich das Bild. Als der D.Ö.G.-Sturm mit angestimmten Angriffen einsetzte und die Bedowitziger fast ganz zurückdrängte, verlor das Treffen jeglichen Wert, nicht nur wegen der großen Ueberlegenheit des D.Ö.G., sondern auch wegen dem unglücklich ehen An-den-Manngehen der Bedowitziger. Der Tormann der Bedowitziger Böll vollbrachte in dieser Periode tollkühne Taten, die aber ein Ende fanden, als er bei einem Sprunge nach dem Ball ohne Behinderung so unglücklich zu Boden stürzte, daß er sich ein Bein brach und vom Plage getragen wurde. Fast in demselben Augenblick sah man auch Steffi (D.Ö.G.) taumeln, der von einem Bedowitziger Spieler absichtlich, da ohne Ball, in den Rücken getreten worden war. In Erwägung der Schlußfrage muß konstatiert werden, daß sie keinesfalls auf den D.Ö.G. übertragen werden kann. Schuldig sind die aufgewiegelteten Spieler von A.A.S. Bedowitz. Noch mehr aber der Schiedsrichter, der von Beginn an dem schärfsten Spiel der Vorstädter nicht entgegentrat; ansonsten waren seine Entscheidungen vorteilhafter für die Bedowitziger. — Nach der Abbruch des Spieles drang ein janatliches Publikum in den Platz ein. Im Zuschauerreum kam es zu Konversationen mit und ohne Objekten und die Polizei hatte volle Arbeit und letzten Endes räumte sie den Platz „im Namen des Geistes“. Der Tormann Böll wurde nach Anlegung eines Rotverbandes ins Spital überführt.

GRAF'S
Suppen-
Würze

ist fein und unaufdringlich
im Geschmack, sehr
ausgiebig und dabei
wirklich billig.

Kunst und Wissen.

Weiterer Kindermittag. Am Sonntag nachmittag unterh. Martha Ferber in der Kleinen Bühne die erschienenen Kinder. Zunächst erzählte sie sehr hübsch ein paar Märchen von Grimm, Andersen und Storm und es bezauberte die Kleinen insbesondere, als sie die Stimme der Tiere in der Geschichte von den Bremer Stadtmusikanten nachahmte. Sie sprach sehr eindringlich und herzlich zu den Kindern, so daß sie ihre Aufmerksamkeit fesseln konnte. Den zweiten Teil bildete die ewig junge Geschichte von Max und Moritz, die mit den Lichtbildern nach Originalzeichnungen von Wilhelm Busch die Kleinen Theaterbesucher auf beste unterhielt. Der Besuch der Vorstellung war schwach, was wohl auf die hohen Preise zurückzuführen ist. Im Verhältnis zu diesen Preisen war das Gebotene — die Vorstellung dauert kaum fünf Viertelstunden — doch etwas zu wenig, womit freilich gegen die Kunst der Vortragenden nichts gesagt sein soll. Schuld daran trägt vielmehr die Theaterdirektion, die wahrscheinlich der Ansicht ist, das Theater sei nur für die Kinder reicher Leute da. E. S.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Prag ist wieder um ein neues, modernes Unternehmen reicher. Herr Eda Vyhnaal, ein bekannter Kaufmann der Herrensektion, hat am Václavské nám., Palais Avion, ein Warenhaus für Herren-, Damen- und Kinderbekleidung eingerichtet. Organisierte Arbeiter, Angestellte und Beamte werden gegen Fortsetzung ihrer Legitimation bevorzugt. 4357a

KAUFEN NUR DIE BESTE

HELA

SIE IST DIE BESTE

Künftiger proletarische Bildungsarbeit. Seit Jahren markiert der Kreisbildungsansatz der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Kuffig an der Spitze der hierländischen proletarischen Bestrebungen und Betätigung auf dem Gebiete insbesondere proletarischer Musikbildung. Die Kuffiger Arbeiter-Symphonie-Konzerte gehören zu dem Besten, was deutschen Arbeiter in der Tschechoslowakei in musikalischer Hinsicht gesehen wird. Es erscheint daher nur selbstverständlich, daß heuer, im Jahr der Zentenarfeier für Boehorn, die Kuffiger Genossen mit einem besonders gewählten Programm auftreten, das die Bedeutung aller Musikfreunde verdient. Vor uns liegt das Programmheft für das laufende Konzertjahr, mühselhaft vor allem in seinen knappen, gemeinverständlichen Erklärungen der aufgeführten Werke und würdig des Jahres durch einen prächtigen Boehorn-Kunst des Wiener Genossen Dr. Fiala, von dem übrigens auch die Erklärungen zu den heuer aufgeführten Werken stammen. Das erste der heuer angelegten sechs Konzerte ist bereits absolviert; es brachte vorwiegend slavische Meister, „Mossik“ gewordene und moderne, unter der Leitung Fiala's. Das zweite Konzert (am 14. November) bestritten des Wiener Bedlaß-Sinfonie-Orchester; mit Kammermusik von Beethoven, Schumann und Brahms. Im Verlauf der übrigen Konzerte (Dirigenten: Horenstein, Berlin, Pils-Wien, Hochhaus-Überfeld und Josich-Prag) gelangen unter anderem zur Aufführung Beethovens Fünfte und Siebente, sein C-Moll-Klavierkonzert und seine Unvollendete, Weibe des Hauses und „Coriolan“, ferner Mozarts Symphonie in D-Dur, Händels C-Moll-Konzert, die Letzte Rhapsodie und von Robertum, Donnegger, Bartok und andere. Das Programmheft bezeichnet außerdem eine große Zahl geplanter Arbeiter-Vorstellungen im Stadttheater (wo auch die Konzerte stattfinden) und eine kostliche Reihe ausgewählter sozialistischer Vortragende. Solch reiche Saat, wie sie die Kuffiger Genossen in ihre Bildungsarbeiten legen, wird sicherlich reiche Früchte tragen. Das das

Programmhast anfangt — diese Bemerkung soll nicht unterdrückt werden — so erscheint es uns nur sonderbar, daß man seinen Druck einem bürgerlichen Unternehmen überlassen hat. L. G.

3. Arbeiter-Vorstellung — Eugen Ducgin — Russische Szenen, Musik von P. Tschaikowsky, am Sonntag, 21. November, halb 8 Uhr nachm., im Neuen Deutschen Theater. Karten ab Dienstag, den 9. November, bei Epitaph Deutsch, Groben 25.

Einziger Konzert Hubermann am 16. da im Lucernaaal. Hubermann spielt Händels D-Dur, Beethovens G-Dur-Sonate, Chopin's A-Moll-Konzert, Schubert-Hubermann Andante, Chopin-Hubermann Valse und Nocturno.

Emil Souer einziges Konzert am 19. November im Smetanaaal. Karten 7—30 K, schon bei Wegler, Trublaß.

Ein Abend im Reiche des Humors. Vortragskünstler Gustav Herrmann, Leipzig, bringt Mittwoch, den 10. November, 8 Uhr abends, im Regortem, Prag II., Jungmannova, als Gast der Freien Vereinigung für Bildungszwecke, eine Witzkiste alter und neuer Dichtungen zum Vortrag. Karten täglich bei Epitaph Deutsch, Groben 25.

Märchenabende für Kinder, mit dem Vortragskünstler Gustav Herrmann, Leipzig, am Donnerstag, den 11. November, um 5 Uhr nachm., im Saale der Arbeiterakademie, Prag II., Hibernska 7. Regiebeitrag 2 K.

Festvorstellung zugunsten des Deutschen Theatervereins: Ensemble-Gastspiel des Wiener Staatsoperballetts. Sonntag, den 27. November, findet im Neuen Theater zugunsten des Deutschen Theatervereins eine Festvorstellung statt. Es werden nämlich die ersten Mitglieder des Wiener Staatsoperballetts zu Gast erscheinen, darunter die ersten Solotänzerinnen Lily Losh und Betty Pfundmeyer, der erste Solotänzer Tony Birkmeyer, ferner Buchinger, Satal, Hermann, Jochim, Justus, Opel, Klima, Graf, Kaninger, Michalik usw. Die Gäste bringen ein großes Programm das 12 Bienen, darunter auch Szenen aus „Scheherazade“ und eine große ballettartige Piece nach Musik von Chopin, umfassen wird.

Gastspiel Leo Slezak. Leo Slezak wird am Montag, den 15. und Mittwoch, den 17. November im Neuen Theater wieder ein Gastspiel absolvieren, u. zw. am ersten Abende als Olegar in „Halbwegs“ „Jüdin“ und am zweiten Abende in der Titelpartie von „Lohengrin“.

Neueinstudierung „Der Kaffeebinder.“ Franz Lehár's melodische Operette „Der Kaffeebinder“ erscheint nach einer längeren Reihe von Jahren Samstag neuinstudiert und in teilweise neuer Besetzung der Hauptpartien wieder im Spielplan.

Der Komponist Leoš Janáček wohnte am Freitag der zweiten Aufführung seiner Oper „Jenufa“ im Neuen Deutschen Theater bei, erschien nach dem zweiten Akt vor der Kompe und wurde stürmisch gefeiert. Mit ihm Jenklnitz und die Sänger, die sich insgesamt ein außerordentlich künstlerisches Verdienst um die in allen Stücken ausgezeichnete Wiedergabe des Werkes erworben. Die das hohe Gesamtiveau noch um Hauptlänge übertragende Jicha Göhl bot wiederum dramatisch und gefanglich eine hinreichende Leistung.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Heute, Sonntag, halb 3 Uhr: „Der Orlova“; halb 8 Uhr: „Adieu Nimi“. Montag, halb 8 Uhr: „Der Freischütz“. Dienstag: „Die Braut von Messina“. Donnerstag, halb 8 Uhr: „Adieu Nimi“. Freitag: „Königin von Saba“. Samstag, halb 8 Uhr: „Der Kaffeebinder“. Sonntag, halb 3 Uhr: „Die Teresina“; halb 8 Uhr: „Adieu Nimi“. Montag: „Die Jüdin“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute, Sonntag, 3 Uhr: Kindermärchen-Vorlesung; halb 8 Uhr: „Fünzeffeln Turandot“. Dienstag: „Frau Warrens Gewerbe“. Mittwoch: „Keine entzückende Frau“. Donnerstag: „Kopf oder Schrift“. Freitag: „Kameraden“. Samstag: „Keiner Fisch“. Sonntag, 3 Uhr: „Kopf oder Schrift“; halb 8 Uhr: „Keiner Fisch“. Montag: „Die fremde Frau“.

Erstes Saxophon-Orchester-Konzert (23 Saxophone) am 12. November um halb 8 Uhr im großen Lucernaaal. Karten in den üblichen Vorverkaufsstellen 4353

Bereinsnachrichten.

„Urania“.

Wochenprogramm.

Sonntag, halb 11 Uhr: „Das Blumenwunder.“ (3.) Verlag: Oskar Wiener.

Sonntag, 3 Uhr: Kindermittag mit „Suppentheater“, „Boz, Max und Moriz“ und „Hans Hudelein“. Leitung: Dr. Ose Adler, Lehrer Alfred Scholz.

Montag, 8 Uhr: Beginn des „Philosophischen Zirkels“: „Die moderne Philosophie des Lebens und ihre Probleme.“ Univ.-Prof. Dr. Sellegang (Reppia). Karten für alle vier Vorträge: 15, Mitglieder 14 K.

Die Volksbuchhandlung Ernst Sattler, Karlsbad

unterhält ein reichhaltiges Lager jeder Art **Literatur.**

Alle nicht lagernden oder wo immer angeforderten Bücher und Zeitschriften werden **rajdest geliefert.**

Alle Bücher

liefert reich und billig die **Volksbuchhandlung** Kramer & Co., **Teplitz-Schönau,** Theresienngasse 15—26

Großes Lager in preiswerten Gelegenheitsläufen. Verzeichnisse senden wir auf Wunsch kostenlos.

„Frauenwelt“

Eine Halbmonatsschrift. **Jede Nummer ab 2.—**

Zu beziehen durch die **Volksbuchhandlung** Ernst Sattler **Karlsbad, Herag Palace**

Lachen links!

Das neue heutzutage ist ersichtl. **Jede Nummer ab 1.10.**

Zu beziehen durch die **Volksbuchhandlung** Ernst Sattler **Karlsbad, Herag Palace**

Montag, 8 Uhr: „Das Blumenwunder.“ Dritte (letzte) Wiederholung, da der Film nach Deutschland zurückgeht.

Dienstag, 8 Uhr: „Weiterer Abend.“ Hans Reimann, der jüdische Humorist.

Dienstag, 8 Uhr: Urania-Radiobund „Postkarte“.

Mittwoch, 8 Uhr: „Liederabend.“ Kammerlänger Josef Manowarda (Wiener Staatsoper). Im Klavier: Prof. Lafite auch mit zwei Solonummern.

Donnerstag, 8 Uhr: Urania-Literatur, gemeldet, „Karin Michaelis-Abend“, Mit Leseproben aus dem neuesten Roman „Die kleine Sündlerin“.

Freitag, halb 7 Uhr: Urania-Radiobund, Beratungsstelle. — 8 Uhr: „Wie entsteht die Elektronenröhre?“

Freitag, 8 Uhr: Wissenschaftliche Graphologie mit Lichtbildern. R. Gaudel (London).

Sonntag, 3 Uhr: „Wilhelm Tell“ als Kulturhistorische Einführung mit einleitenden Worten. (Gedenntag: 10. November, Todestag v. Schiller.)

Sonntag, 8 Uhr: „Matterhorn und Monte Rosa fahrlos.“ mit Lichtbildern. Prof. Fritz Winkl (Gubbiolo).

Das familiäre Kurse der „Urania-Volks-hochschule.“

Zu den Konzerten: Hubermann und Souer für Uraniamitglieder ermäßigte Karten.

Karten zu allen Veranstaltungen, Mitglieds-karten-erneuerungen und Mitlieder-Reuannehmungen täglich: Violaffe, Smetalskagasse 22. Tel. 20429. Halb 10—1 und 3—7 Uhr. 4358

„Urania-Rino“.

„Seemannsleben — Seemannsleben.“ Die deutsche Marine und ihre Matrosen schildert das große deutsche Schiffsdrama „Die eiserne Frau“. Erstaufführung für Groß-Prag. In der Hauptrolle als Kapitän: Otto Gebähr. **Urania-Rino, Smetalskag. 22** Telefon 20429. Heute 3, halb 6 und 8 Uhr. Morgen, Montag, halb 6, sonst täglich halb 6 und 8 Uhr.

Ausführung des Zentralverbandes der Angestellten in Industrie, Handel und Verkehr, Ortsgruppe Prag, am Freitag, den 12. November, 8 Uhr abends, im Verein deutscher Arbeiter, Prag, Smetalsk. Bestimmtes Erscheinen aller Ausführmittelglieder erforderlich. 4356

Herausgeber Dr. Ludwig Czoch. Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Kiehnert. Für den Druck verantwortlich: O. Holitz. Druck: Deutsche Zeitungs-K.G., Prag.

KING

der König der Winterröcke!

Vollkommener Ersatz für einen teuren Stadtpelz!

Der „KING“ hat einen hochfeinen Überzug wie ein Stadtpelz, einen echten Pelzschaltragen, innen schwarzen oder braunen Wollfilz, der wärmer und dauerhafter ist als Fell, da er nicht haart.

Den echten Original-„KING“ um Kč 750.—

erhalten Sie ausschließlich bei der Firma **Sitránský, Prag, Hibernska,**

Alles anderweitig Angebotene ist minderwertige Nachahmung! Der Name „KING“ ist gesetzlich geschützt! :: Mißbrauch wird gerichtlich verfolgt! ::

Erstkl. amerik. Qualitätsschreibmaschine **SMITH PREMIER**

vereint sämtliche Errungenschaften aller Markenmaschinen und überragt durch: **46 Tasten — 92 Schriftzeichen.** **Leichtesten Anschlag. Geräuschlosen Gang.** **Auf mäßige Monatsraten** ebenso die beste amerikan. **PORTABLE-Maschine** für Reise und Privatgebrauch. **Einfache Umschaltung. — Normale Walze.** **Vierreihige Tastatur.**

L. & G. HALPHEN
PRAG, Mikuláská 22. Telefon 22305.
BRÜNN, Udolní 13. Telefon 4148.

Verlangen Sie in jeder Verkaufsstelle des Konsumvereines Selchwaren der Firma **HEGNER & Co., PILSEN**

Selchwaren der Fa. HEGNER & Co., PILSEN, **SIND DIE ALLERBESTEN!**

Reine Spiritus-Preßhefe

mit besonderer Triebkraft und höchster Haltbarkeit garantiert reines Malzmehl und feinsten rect. als auch densel. Spiritus liefert

Heidner Zucker-, Spiritus- u. Preßhefe-Fabrik vormals Brüder A. & H. May & Co., Gmütz-Hejcin.

Eröffnung Am 19. Oktober fand die Eda Vyhnaal

PALAIS „AVION“. **des neuen Konfektionshauses PRAG II. Václavské náměstí 59.** **PALAIS „AVION“.**

Fertige Herren- und Damenkleider — auch nach Mass.

Reiche Auswahl. **Nur neue, moderne Ware!** **Konkurrenzlose Preise. Begleite Teilzahlungen!**